

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunstr. 10, und durch Postbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Bande 10.00. Durch die Post bezogen 2.75, frei im Land 2.50, wo keine Post am Ort, 2.75.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Informationen bezuglich der Verabreichung von Geldern über einen Mann 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Pensions- und Versicherungs-Ansprüche 15 Pfennige, Kautions-Geld 25 Pfennige. Anzeigen für die nächste Nummer werden bis Freitag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 27.

Sonnabend, den 1. Februar 1908.

19. Jahrgang.

Freistünige Arbeiter!

Der Düsseldorf liberal-demokratische Arbeiterausschuss hat in seiner jüngsten Sitzung folgende Entschliessung angenommen:

„Der Ausschuss bedauert lebhaft die schwächliche Haltung der freistünigen Abgeordneten im Landtage gegenüber der Erklärung des Fürsten Bülow in der Wahlrechtsfrage. Der Ausschuss richtet an die liberal-demokratisch denkende Arbeiterschaft Deutschlands die Aufforderung, aus ihrer bisherigen Reserve herauszutreten, sich politisch zu organisieren und zukünftig bei den Wahlen nur noch für solche Kandidaten zu stimmen, die die völlige Garantie für eine wirklich liberal-demokratische Politik geben.“

„Wacht Arbeiter! Wie lange wollt Ihr Euch zum Narren halten lassen?“

Provinziallandtage.

Im „Reichsanzeiger“ finden wir die Einberufung einer Anzahl von Provinziallandtagen. Von den Provinziallandtagen dürfte bisher in der sozialdemokratischen Presse kaum Notiz genommen worden sein, wenn nicht einmal gelegentlich von einer Rede berichtet wurde, die der Kaiser als König von Preußen oder noch genauer als Markgraf von Brandenburg seinen getreuen Ministern gehalten. Und doch sind diese Provinziallandtage, deren einer für jede einzelne Provinz Preußens besteht, keineswegs bedeutungslos. Der Provinziallandtag wird alle zwei Jahre mitbestimmt einmal vom König berufen. Er stellt die Verwaltungsgrundsätze, den Voranschlag für den Provinzialhaushalt und die Einrichtung der Provinzialämter fest, beschließt über Kapitalverwendungen, Anleihen und über die Ausschreibung von Abgaben — die Abgaben müssen von den Kreisen und Städten in Form von Kreissteuern und Gemeindesteuern aufgebracht werden; der Staat zahlt an die Provinzen alljährlich viele Millionen in Form von gesetzlich festgelegten Dotationen. Zur laufenden Verwaltung der Angelegenheiten des Provinzialverbandes wählt der Provinziallandtag den Provinzialausschuss und den Landeshauptmann (auch Landesdirektor).

Gegenstand der Provinzialverwaltung sind: Das Landarmenwesen nebst den Landarmen- und Wohlthätigkeitsanstalten und milden Stiftungen; das Besserungswesen einschließlich der Unterbringung verwahrloster Kinder; die Fürsorge für das Hebammenwesen, für das Jrenen-, Lausstumen-, Blinden- und Idiotenwesen, und für Kunst und Wissenschaft; das Feueropietätswesen, die Verwaltung der Stiftungen; das landwirtschaftliche Unterrichts- und das Landesmeliorationswesen und der Wegebau. Die Provinzen bilden die Bezirke der für die Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter eingerichteten Berufsgenossenschaften, ihre Verwaltung wird von den Provinzialausschüssen wahrgenommen.

Mit diesen wichtigen Aufgaben ist die Bedeutung der Provinziallandtage noch nicht erschöpft; sie wählen die Vatenmitglieder der Bezirksausschüsse und des Provinzialrats. Die Bezirksausschüsse, bestehend aus vier gewählten und zwei vom Könige ernannten Mitgliedern, stehen als Verwaltungskörperschaften den Regierungspräsidenten zur Seite; außerdem bilden sie die Bezirksverwaltungsgerichte. Der Provinzialrat steht dem Oberpräsidenten zur Seite und entscheidet bei Beschwerden gegen Beschlüsse des Bezirksausschusses.

Wie kommen nun die Provinziallandtage zu Stande, denen so wichtige Aufgaben der Verwaltung übertragen sind, und die als Organe der „Selbstverwaltung“ gelten? Ihre Mitglieder werden einseitig von den Kreisräten, andererseits in den Kreisfreien Städten von den Magistraten und Stadtverordnetenversammlungen gewählt. Die Wahl ist also eine recht indirekte; einen kleinen Begriff von der sorgsamsten Auswahl der Provinziallandtags-Abgeordneten kann man sich machen, wenn man bedenkt, daß ihre Wähler in den Stadtkreisen ja erst ihrerseits aus einer Dreiklassenwahl oder einer Zensuswahl hervorgegangen sind; vollständig wird das Bild aber erst, wenn man sich klar macht, wie die Kreisräte gewählt werden, von deren Mitgliedern ja die Hauptzahl der Abgeordneten in die Provinziallandtage gesandt werden. Das behalten wir einer besonderen Besprechung der Kreisräte vor.

Hier sei nur noch erwähnt, daß die Wahlordnung für die Provinziallandtage einige Vorzüge vor anderen Wahlordnungen in Preußen besitzt. Zunächst ändert sich die Zahl der von den einzelnen Kreisen zu wählenden Abgeordneten mit der Bevölkerungsziffer; sie ist vor jeder neuen Wahl festzustellen, und zwar nach den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung!

Weiter aber ist die Abstimmung bei den Wahlen zum Provinziallandtage eine geheime; „Jeder ausgenommene Wähler legt den Stimmzettel unerschlossen in die Wahlurne“. Wo bleibt da das Gerede von dem „deutschen Charakter“, dem die öffentliche Stimmabgabe entspreche? Dieses Gerede ist eben eitel Heuchelei — wo so sichere Männer wählen, setzt man sie eben nicht der Schläne und Quäleret der öffentlichen Stimmabgabe aus — die öffentliche Stimmabgabe ist nur für die „Kanaille“ gemacht! Zu demselben Schlusse werden wir gelangen, wenn wir uns mit den Kreisräten beschäftigen werden.

Eine Aenderung auf diesem wie auf jedem anderen Gebiete der „Selbstverwaltung“ kann natürlich nur im preussischen Landtage vorgenommen werden — auch hier zeigt sich die Bedeutung des Wahlrechtskampfes in Preußen!

Zwischen Furcht und Hoffnung.

(Die Entlohnungsvorlage im Herrenhause.)

Das Herrenhaus ist wieder los. Gestern ist es in Berlin zusammengetreten und hat beinahe eine halbe Stunde getagt, um ein halbes Duzend Gesetzesvorlagen anzunehmen. Heute wählte es sich an Stelle des verstorbenen Präsidenten

Fürst Kniphhausen in seinem bisherigen Stellvertreter Freiherrn von Manteuffel einen Nachfolger. Eigentlich hatten die Herrenhäuser zu ihrem Vorsitzenden wieder einen „Rechtschen“ haben wollen, aber schließlich gelangte der alte Wahlrechtsfeind Manteuffel doch zu der hohen Würde. Im Abgeordnetenhaus Krücker, im Herrenhause Manteuffel als Präsident, das ist schon bezeichnend für den preussischen Landtag. Auch der Reichstag hat einen konservativen Präsidenten. Aber wie sehr steht der anständige und unparteiliche Graf Stolberg von den Konservativen des Privilegierten-Wahlrechts ab. Diese Verschiedenheit selbst der konservativen Präsidenten ist ein Beweis mehr, für den reaktionären Charakter dieses wie jeden Organs der preussischen Gesetzgebung.

Sachlich verhandelt heute das Herrenhaus die Polenentlohnungsvorlage. Im Herrenhause sitzen bekanntlich lauter Leute, die etwas zu verlieren haben und deshalb eine zukünftige Enteignung größerer Stilles im Volksinteresse zu fürchten hätten. So wollten sie heute nicht gern einen „Präedenzfall“ schaffen, und die Regierung mochte nicht ohne Besorgnis dem Schicksal ihrer Lieblingsvorlage vor dem Parlament der ernannten Gesetzgeber entgegensehen. Rheinbaben, Weseler, Arnim und der Fürst Bülow bemühten sich darum, die Vorlage als notwendig und unbedingt hinzustellen. Den Vogel der Phrasenhaftigkeit ließ natürlich wieder der Ministerpräsident ab, der die Polonierung Polens für eine aktuelle Staatsgefahr erklärte, weil seine Grenze — nur achtzehn Meilen von Berlin entfernt liege. Wie leicht können da die Polen eines Tages demonstrierend den armen Fürst-Reichsfürstler überfallen! Wahrlich eine akute, eine gegenwärtige Gefahr! Fürst Bülow beging auch die erste Ungeschicklichkeit, indem er die heutige Vorlage als eine „echte Ausnahmemaßregel“ bezeichnete. Der Landwirtschaftsminister v. Arnim wurde noch deutlicher und noch ungeschickter, indem er zugab, daß die bisherige Tätigkeit der Ansiedlungskommission für viele polnische Besitzer eine Wohltat gewesen sei und alle Polen als eine Gefahr für den Staat bezeichnete. Da verlangt die Regierung von den Mitbürgern polnischer Zunge preussische Staatsbürgertreue. Am wirksamsten für Jansenherren — die er nun einmal begeißelt und verflucht, sprach der Finanzminister Frh. v. Rheinbaben, indem er feierlich versicherte, daß die Regierung nicht daran denke, den deutschen Großgrundbesitz wegzukaufen — vielleicht denkt da einmal das Volk aus Gründen sozialer Notwendigkeit an Enteignung — und die Hand zum feierlichen Schwure erhob, daß Preußen nie die Verdienste des Großgrundbesitzes auf seinen Schlachtfeldern vergessen werde. Öffentlich verpöht ihm das Volk auch nie das Bauernlegen und die brutale Unterdrückung der breiten Masse der Besitzlosen.

Die Stimmung im Hause selbst war geteilt. Von der Bürgermeierfraktion traten die Richterianer, die alten freisinnigen Chefs der Magistrats, v. der, Breslau und Rörte-Königsberg, gegen die Vorlage auf. Oberbürgermeister Kersten-Thorn und am wildesten der Frankfurter Adickes, dem die Vorlage in der Fassung des Abgeord-

Jack.

Roman von Alphons Dautel. Einzlig autorisierte Uebersetzung.

Jack seinerzeit befehlte sich mit volstem Eifer. Die Arbeit wurde ihm leicht in der geschäftigen Ruhe des Ribald'schen Kaufes. Etwas war fast immer bei der Stunde zugegen, hörte andächtig ihren Freund das Gelesene aufpassen, richtete auf ihn das Feuer ihrer gedankenvollen Augen, als wolle sie ihm das Verstandnis erleichtern, und lächelte sich ganz stolz und heiter, wenn ihr Großvater nach dem Frühstück das Arbeitsheft auf den Tisch ausbreitete und mit Befriedigung und Stutzen ein „Ah, das ist sehr gut!“ sagte. Seiner Mutter sagte Jack nichts von seiner Arbeit. Es freute ihn, ihr heimlich zu beweisen, daß der Dichter sich in seiner unerschütterlichen und schrecklichen Dignität geirrt hatte; und dies kleine Komplott zwischen dem guten Doktor und ihm blieb um so leichter unbekannt, als die Bewohner von „Parva domus“ sich immer weniger und weniger um ihr Kind kümmerten. Er ging und kam nach Belieben, ging, wohin er wollte, lehrte nur zur Maßzeit heim und setzte sich an ein Ende des Tisches, der tagtäglich größer wurde, tagtäglich von neuen Gästen umringt war.

Um seine Einsamkeit zu bessern, um in seiner Leere jenen Raum rings umher zu haben, den er „einen geistigen Mittelpunkt“ nannte, hatte d'Argenton sein Haus ganz weit den Deklarierten geöffnet. Jedoch lebte es der Dichter nicht, sein Verdagen zum Fenster hinauszuwerfen, er war erschöpft getrig, und jedesmal, wenn ihm Charlotte sehr zaghaft „Ich habe kein Geld mehr, mein Freund“, sagte, antwortete er mit einem scharf betonten „Schon!“ und einer wenig ermüthenden Grimasse. Aber bei ihm regte die Stille über alles; und das Vergnügen, sein Glück zu zeigen, den Hausherrn zu spielen, den Reich all dieser armen Leute zu erregen, triumphtierte über seine ins beste Gleichgewicht gebrachten Verechnungen.

Man wachte in der Welt der Deklarierten, daß es dort unten in freier Luft, an einem herrlichen Ort eine gute Tafel und im Hofe, wenn man den Zug verstand, ein gutes Nachtquartier gab. Das wurde von einem Ende der Brauerien bis zum anderen herumgesprochen.

„Wer kommt mit zu d'Argenton?“

„Und wenn das Restgeld mühsam zusammengebracht war, langte man scharenweis, unvermutet an.“

Charlotte war todtblid.

„Schnell, Frau Archambault, da ist Besuch, drehen Sie einem, zwei Kaninchen den Hals um. Schnell einen Stertuchen, zwei, drei Stertuchen.“

„Golla! Großer Gott! Beste Leute! Sind das Gestalten!“ jagte die Frau des Waldhülers verwirrt; denn es waren unauffällig neue Gesichter, neue Haare, neue Bärte, neue Haltungen.

d'Argenton empfand jedesmal dieselbe Befriedigung, die Angekommenen in allen Winkeln des Kaufes umherzuführen, sie die Verschönerungen desselben heimundern zu lassen. Dann verbreitete sich diese alten graubärtigen Taugenthiere über die Wege, am Ufer des Wassers, im Walde mit dem heiteren Gemüthe, den albernem Luftsprüngen alter Gänle, die man ins Grüne führt.

In der frühen Landtschaft erschienen diese hohen abgehaarten Hüte, diese abgeschabten schwarzen Kleider, diese durch all neidvollen Leiden des Pariser Jammers gedurchten Gesichter noch schmüthiger, noch dürrer, noch welker. Dann hereinste der Tisch diese ganze Gesellschaft, der Tisch, welcher schon für den Tag gedeckt war und nicht Zeit hatte, von einer Maßzeit zur andern seine Krümchen abzuschütteln. Man verdröbelte ganze Nachmittage mit Trinken, Streiten, Rauchen.

Ein Wirtshaus mitten im Walde. d'Argenton triumphierte. Er konnte sein ewiges Gedächtnis wieder durchbläuen, konnte zehnmal dieselben Entwürfe wiederholen, konnte bei jeder Gelegenheit „Ich... ich...“ sagen, mit der Autorität des Herrn, dem der gute Wein, das Haus und alles gehört. Auch Charlotte fühlte sich sehr glücklich. Für ihr wechselndes Naturell und ihre allgemeinen Reigungen war dies behändige Gehen und Kommen eine Erneuerung der Jugend; man umringte, man bewunderte sie, und wieviel sie ihrer Liebe treu blieb, wußte sie sich doch selbst genug zu nehmen, um den Dichter aufzuhetzen und ihn sein Glück widerbigen zu lehren.

Sonntags empfing sie einzelne Frauen der Deklarierten, jene unthigen Wesen, welche die ganze Woche hindurch fleberhaft arbeiteten, und denen ihre Gatten von Zeit zu Zeit den Luxus eines gemeinschaftlichen Ausganges aufdrängten. Ihnen gegenüber spielte man sich ein wenig auf die Schloßfrau aus, nannte sie meine liebe Aline, und ließ sich neben dem hüthigen Knaggen jener in dem zerkühten Regitze nach der Mode Ludwig des Fünftehnen sehen.

Aber unter allen Verkommenen waren Adolfschne und Doktor Girsch noch immer die Stammgäste im Eichenhäuschen. Der Letztere, welcher sich anfänglich nur für einige Tage eingemischt, hatte sich seit Monaten nicht mehr gerührt und das Haus war das seine geworden. Er machte die Honnours des Hauses den Einzelnen gegenüber, trug die Wäsche des Papiers und seine Hüte, unter deren Futter er ganze Ballen Papier

ringsherum steckte; denn der Kopf dieses Phantasten war außerordentlich klein, so klein, daß man sich bei seinem Anblick fragte, wie er in denselben so viel Kenntnisse hätte zwängen können, und sich fortan nicht mehr über den unerhörten Witzwart einer solchen Aufspeicherung wunderte.

Wie er einmal war, konnte sich d'Argenton nicht mehr von ihm trennen. Er fand in ihm den aufmerksamen Vertrauten für all die Unbehaglichkeiten eines eingebildeten Kranken, und wieviel er nicht sonderlich viel von dem Wissen des Doktor Girsch hielt, wieviel er sich hüthete, eine seiner Vorschriften zu befolgen, so beruhigte ihn doch seine Gegenwart.

„Ich bin's, der ihn wieder auf die Beine gebracht“, sagte der andere mit Sicherheit. Auch hatte der Doktor Ribald viel von seinem Ansehen im Hause eingebüßt. Inwieweit verstrichen Tage und Monate. Der Herbst umhüllte „Parva domus“ mit seinen melancholischen Nebeln, dann bedeckte winterlicher Schnee den Gehel, die Regenwauer des April prallten von seinen klingenben Schiefeln zurück, und wieder umkranzte es ein neuer Frühling mit seinem aufblühenden Flecker. Conz hatte sich nichts verändert. Der Dichter hatte einige neue Pläne auf dem Stapel und einige neue Krankheiten im Kopf, welche der unvermeidliche Girsch mit einigen neuen, höchst wunderlichen Namen auspöhte. Charlotte war wie immer unbedeutend, schön und sentimental. Jack war größer geworden und hatte viel gearbeitet. In zehn Monaten, ohne System und Reglement, hatte er erstaunliche Fortschritte gemacht und mehr davon behalten, als die meisten Schüler seines Alters.

„Da sehen Sie, was ich in einem Jahre aus ihm gemacht“, sagte Herr Ribald mit Stolz zu den d'Argenton's. „Schäden Sie ihn jetzt auf ein Duzend, und ich sehe dafür, daß aus dem Kleinen etwas werden wird.“

„Ach, Doktor, Doktor, wie gut Sie sind!“ rief Charlotte, etwas beschämt über den indirekten Vorwurf, welcher in der Sorgfalt dieses Fremden im Gegenatz zu ihrer mütterlichen Gleichgültigkeit lag. d'Argenton nahm die Sache kälter auf und sagte, daß er zu sehen, überlegen werde, und daß der Unterricht in den Erziehungsanstalten bedenkliche Nachteile habe. Sobald er mit Charlotte allein war, ließ er seine schlahte Raune überströmen:

„Was mischt er sich herein? Jeder kennt seine Pflicht im Leben. Will er mich etwa in der meinen unterwerfen? Er läte besser, seine Medizin zu studieren, dieser Dorfbarbar.“

Im Grunde genommen war seine Eigenliebe schwer verletzt worden. Von diesem Augenblick an sagte er mehrmals mit erpöhter Miene:

„Er hat recht, der Doktor; man muß sich mit diesem Kinde beschäftigen.“

„Ach ja, er beschäftigte sich mit ihm!“ (Fortf. folgt.)

netenbaues noch nicht weit genug geht, begeisterten sich für die Vorlage. Von den feudalen Parteien protestierten der Pole Radziwiłł und die Katholiken Drost, Wischerino und Tiele-Winkler lebhaft gegen die verfassungsmäßige und zukunftsrichtige Grundtatsache des Enteignungsgesetzes, und legend breitere Fürstbischof Kardinal Kopp trotz aller Polenstrenge die Hände über sie. Begünstigung erweckte aber die Regierungsvorlage auch bei den übrigen Mitgliedern des Feudaladels nicht.

Nebenfalls empfand das Herrenhaus Ruhebedürfnis bis mindestens zum 17. Februar und verzog bis dahin den Entwurf in eine Kommission.

Politische Heberblick.

Brantweinmonopol und Zigarrenbanderole.

Die offizielle Ankündigung des Reichschatzsekretärs Freiherrn von Stengel, daß dem Reichstage in absehbarer Zeit eine Vorlage betreffend die Verstaatlichung eines Teils des Zwischenhandels mit Brantwein und eine zweite über die Einführung einer Zigarrensteuer auf Tabak und Zigarren unterbreitet werden solle, hat auf neue mit aller Deutlichkeit, daß Regierung und Konserve nur mehr den einen Wunsch hegen, die Zurückführung der bloßförmigen Steuern auf mehr oder weniger gute Art, aber so schnell wie möglich, loszuwerden. Die Reichstagsrede, die Herr von Stengel am Mittwoch in Vertretung des Reichsfanzlers gehalten hat, bedeutet eine Brüstung des Freiinns, die an Schärfe die herkömmliche Wahlrechtsklärung vom 10. Januar beinahe noch überbietet.

Fürst Bülow hat zur Zeit der Norddeutschen Konferenz nicht nur den Freiinnigen auf Umwegen erzählen lassen, daß er sich mit einer tiefgreifenden Reform des preussischen Wahlrechts beschäftigt, sondern er hat ihnen damals auch direkt erklärt, daß für die nächste Zeit neue Steuervorlagen nicht zu erwarten seien. Er hat weder in dem einen noch in dem andern Fall sein Versprechen gehalten. Die freiinnigen Parteiführer richteten sich also auf eine gewisse Skonktheit ein, ja sie glaubten Grund zur Annahme zu haben, daß ihre Wünsche auf Einführung direkter Reichsteuern für spätere Zeit bei der Regierung auf ein wenigstens teilweises Entgegenkommen zu rechnen hätten. Damit standen sie übrigens nicht allein; denn auch der nationalliberale Blockteil erklärte auf seinem letzten Parteitag, auf der Einführung direkter Reichsteuern bestehen zu wollen. Inzwischen ist man auf freiinniger Seite freilich so, als wolle man „unter Hochhaltung der Grundzüge“ alle neuen Verbrauchsabgaben ablehnen und nur einer Reichsfinanzreform zustimmen, die ausschließlich auf direkten Steuern aufgebaut wäre; bald aber verriet der naive Müller-Meinungen in der „Vossischen Zeitung“, die Blockmehrheit sei sich darin einig, eine Finanzreform anzunehmen die „pari passu“ in gleichem Maße auf direkten wie auf indirekten Steuern beruhe.

So war auch tatsächlich der Stand der Dinge nach dem 5. Dezember vorigen Jahres. Man erinnert sich der schnoddrigen Reichstagsrede des preussischen Finanzministers v. Rheinbaben, die neben dem Zwischenfall Einem-Paalsche den Hauptanlaß zur damaligen Blockstimmung gegeben hat. Freiinnige und Nationalliberale waren über das Verhalten des preussischen Finanzministers ehrlich aufgebracht, und um sie zu beschwichtigen, gab damals Fürst Bülow das Versprechen ab, daß die Finanzfrage möglichst hinausgeschoben und die liberalen Wünsche nach direkten Reichsteuern in wohlwollende Erwägung gezogen werden sollten.

Am wenigsten war nach diesen Auseinandersetzungen auf die nahe bevorstehende Ankündigung einer Zigarrenbanderole zu rechnen. Diese bedeutet geradezu eine persönliche Mißhandlung des freiinnigen Blockführers Dr. Wiemer, der ihr auf dem Frankfurter Einigungsstag ein donnerndes „Niemals!“ entgegengeschrien hatte. Spiritusmonopol und Zigarrenbanderole wurden seitdem in der freiinnigen Presse entschieden und mit guten sachlichen Gründen bekämpft, an die im einzelnen zu erinnern kein Raum ist, wenn erst die angekündigten Steuervorlagen wirklich auf dem Tisch des Reichstags liegen. Nach diesen Vorgängen kann die Erklärung der Regierung nur zweierlei bedeuten: Entweder will sie den Freiinnigen sagen, daß jetzt nach erfolgter Annahme der Flottenvorlage auf ihre Mitwirkung in den wichtigsten Fragen der Reichspolitik verzichtet werde, oder aber, daß man sie für jähling halte, entsagen ihren feierlichen Schwüren und Belobungen das Spiritusmonopol und die Zigarrenbanderole demnach gebührend anzunehmen.

Die Brüstung vom 29. Januar ist noch viel kräftiger als die vom 10., denn sie wurde dem Liberalismus erteilt auf dem Boden der Reichspolitik, der ja als das eigentliche Gebiet der Blockpolitik gilt, und sie trifft auch nicht bloß die Freiinnigen, sondern auch die Nationalliberalen.

Der Freiinn hat auch dieser Herausforderung gegenüber verweigert. Er konnte auf die Erklärung Stengels, wenn er keine Würde hätte retten wollen, nur eine Antwort erteilen. Noch war ja die entscheidende zweite Abstimmung nicht erfolgt, noch konnte also der Freiinn erklären, er verzichte die Zustimmung zur Flottenvorlage, wenn die Deckung der Kosten auf jenem Wege erfolgen solle, den der Reichschatzmeister als den der verbündeten Regierungen bezeichnet hatte. Der Freiinn hat aber für die Vorlage gestimmt. Er möchte sofort in die allerhöchste Opposition zu der Regierung Bülow treten, er könnte durch eine vollständige Bewegung gegen die Wahlrechts- und Finanzpolitik dieser Regierung sowohl den Nationalliberalen als auch dem gefährlichsten Zentrum den Rücken verlegen. Wirkliche Gegner des Zentrums, wie wir Sozialdemokraten es sind, können ja garnicht Besseres wünschen, als daß dem Zentrum die Aufgabe ziele, der Regierung der Wahlrechtsfeindschaft, des Spiritusmonopols und der Zigarrenbanderole zu Hilfe zu eilen. Würde sich das Zentrum nach dem Abbruch des Freiinns ins Oppositionslager zu einem solchen Schritt entschließen, so würde es um seine Existenz spielen.

Doch der Freiinn hat für die Flottenvorlage gestimmt er wird auch in Zukunft Bülow's folgiamer Vorkurs erhalten.

Der rollenwobrige Großherzog. Herr Hertel läßt sich wieder als Schulmeister und erteilt hochmütige Zensuren an allerlei Leute. Jetzt ist es der heftige Großherzog, der nach allen Regeln der Klippchule abgedeckt wird, weil er mit den Sozialdemokraten gepörscht hat. Herr Hertel schmeißt ihn an, es sei schließlich unverständlich, wie ein Monarch in der Sozialdemokratie eine gleichberechtigte Partei erblicken könne, die doch die Monarchie selber befehle und außerhalb der Verfassung stehe. Er faßt seiner Seele Schmerzen in folgende Worte:

Die sozialdemokratischen Dämme werden gewiß nicht in den Himmel wachsen, ihr Wachstum wird aber bedenklich gefördert, wenn die maßgebenden Stellen in ihrer Behandlung die Klarheit vermissen lassen, die zur erfolgreichen Bekämpfung unbedingt notwendig ist. Wenn Behörden und Minister ausser Acht lassen, daß die Sozialdemokratie eine gleichberechtigte Partei ist und wenn sie ihr Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber dementsprechend einrichten, so muß das Volk in eine heillos Verwirrung geraten, die schließlich schlimmer ist, als die sozialdemokratische Verheugung selbst. In einem monarchischen Staat ist es logisch ganz unmöglich, in der Sozialdemokratie eine gleichberechtigte Partei zu sehen. Man braucht gar nicht ihre wirtschaftlichen und ihre sonstigen programmatischen Grundsätze zu berücksichtigen. Schon die Tatsache, daß sie antimonarchisch ist, stellt sie von vornherein außerhalb der Verfassung und befreit sie von dem Anspruch auf Gleichberechtigung. Das ist so klar und so selbstverständlich, daß es uns eigentlich wider den Strich geht, es immer wieder zu sagen. Und doch ist es notwendig. Nicht deswegen, weil sich wiederum ein deutscher Fürst mit sozialdemokratischen Abgeordneten unterhalten hat, das zwar befremdlich, aber nicht gefährlich ist, und man sich abwarten können, bis der Fürst in solchen Unterhaltungen ein Haar gefunden hat, sondern weil zwei deutsche Minister in den letzten Tagen den von uns als gefährlich bezeichneten Mangel an Klarheit neuerdings bekundet haben. Es ist uns schließlich unverständlich, wenn ein Minister es zwar für unmöglich erklärt, daß ein Sozialdemokrat Staatsbeamter werden könne, aber als gleichberechtigte Partei und den Sozialdemokraten als gleichberechtigten Staatsbürger bezeichnet. Das ist eine in einem monarchischen Staat überaus bedenkliche Verkennung des Sachverhalts. Wer davon überzeugt ist, daß die Monarchie die bleibende Grundlage der Verfassung ist, — und das muß doch jeder Minister sein, — der kann unmöglich die Sozialdemokratie für gleichberechtigt erklären. Noch bedenklicher und noch unverständlicher ist es aber, wenn ein anderer Minister der Drohung mit sozialdemokratischen Straßendemonstrationen nicht nichts entgegenstellt als die Bemerkung, daß gegen solche Demonstrationen nichts einzusetzen sei, solange die öffentliche Ordnung und Sicherheit dadurch nicht gefährdet werde. Schon die Ankündigung, daß eine antimonarchische, nicht auf dem Boden der Verfassung ruhende Partei den politischen Kampf auf die Straße tragen werde, ist eine Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Wer solche Demonstrationen duldet und nicht von vornherein abweist, der spielt mit dem Feuer, das ihm selbst die Vernichtung droht. Nicht die Sozialdemokratie, nicht ihre Straßendemonstrationen sind die Gefahr, sondern nur der Mangel an Klarheit an den verantwortlichen Stellen, der sich jetzt wieder in so bestrebender Weise gezeigt hat.

Herr Hertel erweitert hier seinen rückständigen, sächsisch-preussischen Barbarenstandpunkt zu dem einzig erlaubten Standpunkt in der Welt. In wirklichen Kulturländern, wie in England oder Frankreich, würde man jeden als einen Narren ansähen, der mit derartigen Ansichten angezogen käme. In Frankreich gibt es eine politische Richtung, die die Monarchie wieder einführen, und in England eine andere, die das Land in eine Republik umwandeln will, ohne daß es deshalb auch nur einem Menschen einfiel, ihr die Gleichberechtigung abzusprechen zu wollen. Dazu muß man schon ein Krautjunker sein, der die hinterkommene Klüfte für die Gefahr des Weltmeeres und die preussische Gefährdung für die edelste Wille aller Völkervölker hält. Aber diese edle Rasse darf ja überhaupt nicht über die Grenzen ihrer Kartoffelheime hinaus, ohne allgemeiner Lächerlichkeit zu verfallen. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ kann dem viden Hertel eine unangenehme Erinnerung nicht ersparen, sie gibt ihm zu bedenken: „Nicht zu allen Zeiten hat das agrarische Organ zwischen sich und der Sozialdemokratie einen so scharfen Strich gezogen. Es gab eine Zeit, wo man im agrarischen Lager mit dem Abmarsch ins Lager der Sozialdemokratie drohte und die monarchische Gefinnung stark ins Wanken geriet! Erst durch einige starke Zollerhöhungen und strenge Grenzsperrungen konnte sie wieder ins Lot gebracht werden. Sollte die Erinnerung an diese Zeit der Schwäche die „Deutsche Tageszeitung“ nicht mit Bedauern gegen die vermeintlichen Schwächen und Unklarheiten haderlicher und heftiger Minister? Wir glauben nicht, denn ohne Freiheit ist ein Agrarier in Deutschland nicht denkbar.“

„Ich will kein Zentrumskaiser sein!“ Unter dieser Epithete schreibt der „Bayerische Kurier“: „Nach der neuesten Nummer des „März“ hat der Kaiser den Ausdruck, er wolle kein Zentrumskaiser sein, zum Fürsten Bülow gesteuert, worauf dieser es als seine erste Pflicht, den Bruch mit dem Zentrum herbeizuführen. Die Mitteilungen des „März“ sind nach unseren Informationen zutreffend; sie besagen aber auch, daß der neueste Kurs nicht einer Laune des Kanzlers entsprungen ist und daß es fraglich ist, ob mit dem Austritt des Fürsten Bülow eine andere Richtung eingeschlagen wird.“

Wilhelm II. will „kein Zentrumskaiser“ sein, weil er, trotz seiner starken Neigung zum Katholizismus überhaupt kein parlamentarisch regierender Monarch sein will, in dem Sinn, als es etwa der englische und österreichische Kaiser ist.

Der Reichstag begann am Donnerstag mit der zweiten Lesung des Wahlrechts. Mit der Beschleunigung, wie sie Freinngern nicht, brachten die Schleswig-Holsteiner, Preussener und Sauer, alle, ohne, Absicht nicht herabzusetzen, Plänen von Beamtenkategorien abzuheben, deren Befähigung mit einer neuen ständischen Mitte der Staatsstruktur v. Turv's möglich. Gewisser Herr genoss einstmals, als er noch ungarisch war, bei Raumanzianern und sonstigen toleranten Dynastien eine Art von Aus als Staatspolitiker. Er hat sich befreit, sich von dem geächteten — für die Sozialdemokratie — Parte zu befreien. Die Besten und sonstigen Parteimitglieder sind alles andere, als, als soziale Arbeiter. Einräthiges Anklagenmaterial wurde von den Genossen Securus, und Legien vorgebracht, und der unverständliche Vorschlag, der als Beschleunigung bezeichnet wurde, sah sich völlig abweisend, das Material zu widerlegen. Selbst Herr Spies, der als jetzt in der demagogischen

Verichtspräsident etwas von den Wertberndstrassen vertrieb, von ihm genötigt, diesen Klagen des Genossen Securus beizuhelfen. „Jahraus, jahrein hat Brauße Securus die Klagen vorgebracht; Abhilfe ist nicht herbeizuführen worden. Die Arbeiterausstände, die auf den Besten eingeleitet werden sind, hat man zu Kasagamaschinen und Buppenstuden herabgewürdigt. Eine Resolution der Kommission verlangt Abschaffung der Rechte dieser Arbeiterausstände. Die Resolution wird neben zahlreichen Schwestern ihren Platz im Aktenstempel der Regierung finden und dort ein mehr bekaanntes als lattes Dasein führen. — Am Freitag wird die Beratung des Wahlrechts fortgesetzt werden.“

Eine Wahlrechtsbewegung ist jetzt bekanntlich auch in Braunschweig eingetreten. Der braunschweigische Landtag (die sogenannte Landesparlamentarung) besteht seit 1851 aus 46 Abgeordneten, von denen jedoch nur die kleinere Hälfte, nämlich 10 städtische und 12 ländliche, zusammen also 22, aus allgemeinen, indirekten Wahlmännern hervorgehen, während die Majorität von 24 „Landboten“ von kleinen Interessengruppen (11 von den 8 bis besten unter den Hausbesitzer und Gewerbetreibenden, drei von den evangelisch-lutherischen (Geistlichen) gewählt sind. Das braunschweigische Parlament repräsentiert also in seiner Mehrheit eine Klassen- und Standes-, keine Volksvertretung.

Der Anfang der Deporation? Im Reichstage brachten am Donnerstag Liebert und Genossen zur zweiten Lesung des Staats eine Resolution ein. Durch diese wird die Regierung ersucht, durch eine besondere Resolution die Strafbefugnisse des Strafgesetzbuchs dahin zu erweitern, daß den nach ihrer Überzeugung und geistigen Beschaffenheit zum überreifen Strafbefugnisse geeigneten und innerhalb der bestimmten Altersgrenzen stehenden Verurteilten auf Ansuchen durch die Staatsanwaltschaft gestattet werden könne, die ihnen anvertraute längere Freiheitsstrafe in einer deutschen Strafkolonie (Sibirien) zu verbüßen. — Also zunächst nur freiwillig — aber wer weiß, was daraus schließlich wird.

Als zweite Rate für den Ausbau des Nordsee-Kanals wurden von der Unterkommission des Reichstags 20 Millionen M. bewilligt. Im Anschluß daran wurde über Vorkauf und Verkauf, die sich auf den Kanalbau beziehen, die Anregung, einen zweiten Kanal an bauen, wurde von einem Regierungskommissar als durchaus unpraktisch bekämpft.

Wünsche von Angehörigen im Parlament und anderen Reichstagen sind vom Reichstage wiederholt zur Berücksichtigung empfohlen worden. Die Regierung hat sich um diese Wünsche nicht gekümmert. Genosse Singer bezeichnete das in der Unterkommission am Mittwoch als ein Verbrechen, das zur Abschaffung gegen den Reichstag ausreicht. Der Staatssekretär versicherte, den Wünschen des Reichstags werde bei der Regelung der Veranlagung Rechnung getragen werden. Ein Antrag Singer, die Regierung aufzufordern, bis zur dritten Lesung des Staats die Mittel nachzuforschen, um die Gehälter der betreffenden Angehörigen aufzuheben zu können, wurde angenommen.

Der Entwurf über die Ausübung der Geistliche durch nicht approbierte Personen und über den Geheimnissverkehr, der im Reichsamt des Innern fertiggestellt worden ist, ist nunmehr der Bundesregierung zur Genehmigung überliefert worden. Außerdem wird der Entwurf, nach der „Voss. Ztg.“, in den nächsten Tagen durch Veröffentlichung zur Kenntnis der beteiligten Kreise gebracht werden.

„Inferne Kolonialerfolge“. In der Ermordung des Sanitätsunteroffiziers Brückner wird von dem Gouvernment in Dar-es-Salaam gemeldet: Die Verhandlung gegen den Mörder fand am 27. Dezember in Mosoro statt. Der Haupttäter Wafandi und vier seiner Genossen wurden wegen Mordes zum Tode verurteilt. Das Todesurteil gegen Wafandi und zwei seiner Genossen fand die Bestätigung des stellvertretenden Gouverneurs. Die beiden anderen Todesurteile wurden in Kettenhaft unanwendbar. Die Verhandlung ergab erwidertes, daß Wafandi von den Eingeborenen aus Angst vor Anzeigewegen unbefugter Jagdabstimmung erschossen war.

Der zur Unterdrückung der Unruhen in Dentsch-Nepanua von den Kavolinen beorderte deutsche Kreuzer „Gondar“ ist bereits in den ersten Annahälften in Friedrich-Wilhelmshafen einetroffen und soll bis zur Mitte Februar in Herberhöhe (Neu-Pommern) stationiert bleiben.

Anständliche Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Zahl der im Jahre 1906 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beschäftigt gewesenen ausländischen Arbeiter ist nunmehr genau ermittelt und beläuft sich insgesamt auf 232,000 Arbeiter, von denen 73,000 in Westfalen und 159,000 in der Rheinprovinz beschäftigt wurden. Fast die Hälfte aller im Jahre 1906 in Breiten beschäftigt gewesenen ausländischen Arbeiter, etwa 600,000 insgesamt, waren somit in die beiden Provinzen Rheinland-Westfalen zusammengefaßt.

Sie wollen sich wieder vertragen. Die Wolke's Telegraphen-Bureau erklärt, wird die nächste Nummer der „Druckers Kolonialzeitung“ das sachliche Protokoll einer umfassenden Einigung zwischen dem Präsidenten und der Abteilung Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft veröffentlichen, das mit der Zurückziehung des Antrages Berlin auf Berufung einer Vorstandssitzung und mit einer Vertrauensklärung des Präsidenten in unveränderter Loyalität der genannten Abteilung schließt.

Ein neuer Spion. Ein Beamter der Preussischen Gussstahl-fabrik wurde wegen Betrugs militärischer Geheimnisse am Donnerstag in Essen verhaftet. Es handelt sich um Zeichnungen italienischer Geschütze, die der Beamte ausgeliefert haben soll.

Die Spione werden gepakt, die Staatsmänner, welche sie beschützen, stehen hoch in Ehren! Das 25. Bf. St. Das von den verächtlichsten Seiten so sehr gemißachtete Bf. St. wird allem Anschein nach wenigstens im Prinzip nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wie die „N. Ztg.“ hört, wird die entsprechende Vorlage dem Bundesrat vorgelegt; auch wenn die endgültige Form der neuen Münzgesetzgebung noch nicht feststeht.

Wieder aufgelöst. Die Straßburger Genossen hielten am Donnerstag Abend eine neue Wahlrechtsversammlung ab, in der zugleich gegen die politische Auflösung der Versammlung vom vorigen Sonntag protestiert werden sollte. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Böhle, konnte diesmal kein Thema zu Ende führen. Als aber ein Diskussionsredner die Arbeiterfrage anforderte, im Kampfe um Wahlrecht zu Straßendenemonstrationen zu schreiben, wurde die Versammlung merklich abgelenkt wieder aufgelöst. Man wird also eine dritte Versammlung abzuwarten müssen, um die Polizei etwas weniger feurig zu machen.

Heber ein trauriges Zeichen vaterländischer Gefinnung und völliger Mangels an nationalem Gehalt! regt sich die patriotische Presse gewaltig auf. Begonnen soll das schwere Verbrechen sein durch die nachstehende Anzeige im „Schweizer Handelsamtsblatt“:

Stellengesuch eines Deutschen! Deutscher Kaufmann (der die deutschen Zustände als Schmach empfindet) sucht in der Schweiz Vertrauensposten und stellt Faktion in jeder Höhe! Offerten sub Chiffre B. U. 695 an die Annoncen-Expedition Adolph Hoffe, Zürich.

Die Entlassung der „Tägl. Anndsch.“ ist deplaciert. Die Meinung, daß kein Schweizer etwas Derartiges tun würde, kann schon stimmen. Der hat aber auch ein freies Vaterland! Dort liegt der Dase im Pfeffer.

Ausland.

Aus dem englischen Parlament. Die Abrede, die die Beratung der Antwort auf die Lyonerde, hat im Unterhause sofort begonnen. Die Arbeiterpartei im Unterhause wagt an Stelle Herr Gardies, der sich noch immer im Auslande befindet, den Genossen Henderson zum Präsidenten der Protestation und den Genossen G. R. Barnes zum Vizepräsidenten

ten. Zum Verzeir wurde der Genosse Macdonato wieder gewählt, das Amt des Einpelliers wurde Roberts und Duncan übertragen.

Sechs größere Gelegenheitswerke wurden von der Arbeiterpartei eingebracht; diese betreffen: A. H. Stundentag für Bergleute, Arbeitslosenversicherung, Schindler, östliche Spaltung der Schindler, wirtschaftliches Verbot, während der Dauer von wirtschaftlichen Kämpfen Streikbrecher zu importieren oder zu exportieren, Schindlentag für Eisenbahner. Außer diesen werden einzelne Mitglieder noch Anträge stellen, die sich auf folgende Gegenstände beziehen: Fabrikinspektion, allgemeiner Schindlentag für Industrie und Gewerbe, Nationalisation (Verstaatlichung von Grund und Boden), Verstaatlichung der Bergwerke, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Wahlrecht für alle Erwerbslosen.

Die Gruppe der liberalen Arbeitervertreter hat zu ihrem Präsidenten Enock Edward, zum Vizepräsidenten Richard Bell (Eisenbahner), John Ward und Genovio zu Sekretären gewählt.

Fürs allgemeine, gleiche Wahlrecht in Schweden. Die schwedische Regierung und ihr Anhang halten die Wahlrechtsfrage durch den im vorigen Frühjahr angenommenen Ministerantwort für gelöst. Dieser Antwort ist ein Gesetz beifolgt, wenn er 1909 unverändert von neuem die Billigung des Reichstages findet! Für die Arbeiterklasse ist dieser Entwurf jedoch keineswegs eine endgültige Lösung, ebensov wenig für die schwedischen Frauen, die ja bei der großen Wahlrechts- und Verfassungsreform öftlich unbedacht geblieben sind. Aus diesen Gründen hat die sozialdemokratische Fraktion in der Zweiten Kammer von neuem ihren Wahlrechts- und Verfassungsvorschlag von 1907 eingebracht, der allen mündigen Männern und Frauen vom 21. Lebensjahr ab ein wirklich allgemeines Wahlrecht zur Zweiten Kammer bringen und mit dem kommunalen Pluralwahlrecht, das ja die Grundlage für die Erste Kammer bildet, ähneln aufeinander soll.

Die außerordentliche Lebensmittelsteuerung, die auch in Schweden auf der Arbeiterklasse lastet, veranlaßt die sozialdemokratische Fraktion, einen Antrag betreffend Aufhebung der Lebensmittelsteuerung einzubringen. Sodann hat die Fraktion einen Antrag betreffend Aufhebung des seit 1899 bestehenden Ausnahmegerichtes gegen Streikbrecher eingebracht, sowie schließlich einen Antrag, der besseren Schutz der Seeleute herbeiführen soll.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die bevorstehenden Landtagswahlen in Galizien werfen ihre Schatten voraus. Jeder Tag bringt blutige Zusammenstöße der einander heftig bekämpfenden russischen Fraktionen. Am Dienstag kam es in Reszno gleichzeitig in zwei Versammlungen zu Prügeleien. Die Jungmänner schlugen mit Meißeln auf die Mütterinnen derart los, daß sieben Gegner schwer verletzt nach Brody ins Spital geschafft werden mußten. In eine zweitausendköpfige Jungmänner-Versammlung wollten bewaffnete Mütterinnen eindringen. Es entzündete sich eine große Meuterei, in der mehr als zwanzig Personen verwundet wurden. Zur Unterdrückung der russischen Polen wurde in Krakau ein Verein „Polnische Wacht“ gegründet, der aus Mitgliedern aller drei Parteien besteht. — Wie aus Lissabon telegraphiert wird, belagt eine dort ausgegebene Note; Polizeibeamte wurden in verschiedenen Stadtvierteln angegriffen, einer getötet, viele verwundet. Die Form, wie die Morde begangen wurden, beweist die Existenz eines ausgebreiteten Planes gegen die Staatsicherheit. — Am meisten wird die Staatsicherheit vom König bedroht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. Januar.

Lebhafte Beschwerden über die schlechte Beschaffenheit von Wegen erheben inzeit die Bewohner von Hartlieb. Und zwar ist der Weg vom Rosenbergschen Lokal bis nach der Breslauer Straße zurzeit in einem solchen schlechten Zustande, daß die zahllosen Arbeiter und Arbeiterinnen, die nach der Stadt ihre Beschäftigung nachgehen wollen, gezwungen sind, einen Umweg über Krötter zu machen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, in dem aufgewickelten Wege stecken zu bleiben. Früher war der Fußweg sehr gut imstande und konnte auch bei schlechtem Wetter passiert werden. Durch die Anlage einer Gärtnerei ist aber dieser Weg zerfallen worden und bis heute noch nicht wieder so hergerichtet, daß er auch bei schlechtem Wetter passiert werden kann.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich, nach der „Breslauer Zeitung“, gestern Abend gegen 6 Uhr auf der Berliner Chaussee, in der Nähe des Rittergutes Altentheim. Vier Breslauer Bürger, darunter der Bäckermeister Gutschner von der Klosterstraße, unternahmen eine Probefahrt mit einem Automobil, welches angekauft werden sollte, nach Deutsch-Wilfa, tarantollierten aber mit einem ihnen entgegenkommenden Lastwagen, der mit Bauholz beladen war, derart, daß das Auto zertrümmert wurde. Die Insassen wurden in weitem Bogen herausgeschleudert. Der Bäckermeister blieb tot am Boden liegen und die anderen Mitfahrer wurden schwer verletzt, nur der Chauffeur kam anscheinend ohne erheblichere Verwundungen davon.

Solzarbeiter-Verband. Den Bezirksleitern zur Kenntnis, daß von heute ab die Abrechnung mit den Kassieren jeden Dienstags Abend von 6 bis 7 Uhr im Verbandsbureau stattfinden. Ferner sei daran erinnert, daß heute Freitag sowie kommenden Montag Abend die letzten Vorträge des Genossen Maxenbrecher stattfinden und Pflicht eines jeden Bezirksleiters ist es, daran teilzunehmen.

Mitlung, Kammer und Hilfsarbeiter! Sonntag, den 2. Februar, Vormittags 11 Uhr findet im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 1, unsere Generalversammlung statt. Da sehr wichtige Sachen zu beraten sind, ist es notwendig, daß jeder Kollege pünktlich erscheint.

Stadt-Theater. Heute Freitag gelangt Sonnabend große Oper „Margarete“ zum ersten Male in dieser Spielzeit zur Aufführung. Die Hauptpartien werden von den Herren Trastoff, Witteopf, Dörmwald und den Damen Schererscheff, Jaffe gesungen. Als Margarete tritt Frau. Denen ihr Gastspiel fort. Das Werk steht unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Schmiedel und Oberregisseur Kirchner. Morgen Sonnabend findet eine Wiederholung von Eugen d'Alberts Oper „Die Land“ statt. Sonntag wird Richard Wagners romantische Oper „Lohengrin“ mit Herrn Trastoff in der Titelpartie zur Darstellung gebracht. Nachmittags geht in kleinen Preisen Oskar Wills Märchen „Aschensbrödel“ in Szene. In Vorbereitung befindet sich Verdis große Oper „Aida“ mit Fr. Verchul in der Titelpartie.

Sobe-Theater. Heute Operette „Die lustige Witwe“, die sich noch unverminderter Zugkraft erfreut, wird heute Freitag in der bekannten Fassung aufgeführt. Morgen Sonnabend und Sonntag, sowie am Montag finden Wiederholungen von Oskar Strauß' erfolgreicher Operette „Ein Walzertraum“ statt. Sonntag Nachmittags geht in kleinen Preisen Esplers Operette „Brüder Straubinger“ in Szene.

Thalia-Theater. Für Sonntag wird die Detektivkomödie „Sherlock Holmes“ vorbereitet, welche in der vorigen Spielzeit mit großem Erfolg aufgeführt worden ist. Vorverkauf morgen Sonnabend von 10-2 Uhr im Thalia-Theater.

Sumboldt-Berein. (Abonnements-Vorstellung.) Heute Freitag geht als Mitglieder-Vorstellung der amüante Schwanz „Eine lustige Doppelte“ in Szene. An der Abendkasse Billetverkauf.

Schauspielhaus. Heute Freitag wird Heubergers entzückende Operette „Der Opernball“ wiederholt. Die Besetzung ist die bekannte, während Herr Witz den „Georg“ singt. Sonnabend Nachmittags findet eine vollständige Vorstellung von Schiller'sches Drama „Demetrius“ statt, für die der Vorverkauf ohne Vorbestellbarkeit bereits heute Freitag beginnt. Die Preise sind so niedrig bemessen, daß jedermann der Besuch dieser Vorstellung ermöglicht ist. Sonntag Nachmittags wird die Operette „Jadwiga“ von Rudolf Dellinger aufgeführt. Abends erhebt die effisante Komödie „Die Schmaraler“ von Arthur Dinter ihre Premiere. Die von Herrn Direktor Meier inszenierte Komödie ist in den hervorragenden Rollen mit den Herren Bernau, Weber, Worms, Senger, Künter, Heide mann, Kimmmer, Paulsen, Mantel, Feiner und den Damen Ernst, Kistler, Koller besetzt.

Diebische Establishment. Heute, den 31. Januar, gelangt A. Wagners Psychograph zum letzten Male zur Vorstellung, in Verbindung hiermit erfolgt das Abschieds-Auftreten sämtlicher Kräfte des brillanten Januar-Programms. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß auch an dem heutigen Abschiedsabend das Programm in vollkommen ungezügelter Form vollzogen geht. Morgen Sonnabend, den 1. Februar, nimmt ein neues, aus 12 Schlägern bestehendes Programm seinen Anfang.

Seltgarter. Des kolossalen Erfolges wegen ist es der Direktion gelungen, Troppners Budapest Ensemble auf weitere 14 Tage zu verlängern, indem Direktor Troppner sein Engagement nach Lody verlängert hat. Die 1. Aufführung in Deutschland erlebt die Sensationsposse „Kinderlein“, welche alle vorherigen an Humor übertrifft. Dazu sind ganz neue Spezialitäten engagiert.

Ablicher Unfall infolge einer Lampen-Explosion. Eine 75 Jahr alte, Herzogstraße wohnende Witfrau gab dieser Tage in der Dunkelheit anscheinend zu viel Petroleum in die Lampe und als sie diese anzünden wollte, erfolgte eine Explosion; die Frau erlitt so schwere Brandwunden, daß sie in das Allerheiligsten-Hospital geschafft werden mußte, woselbst sie am 29. d. Mts. ihren Verletzungen erlegen ist.

Freiwillige Zahlung. Ein Michaschstraße Nr. 68 wohnender Droschkenbesitzer erhielt am 29. d. Mts., Abends, von einem unbekanntem Fahrgast anstelle eines Einmarkstückes ein Zwanzigmärkstück in Zahlung.

Verhaftete Einbrecherin. Einem Fleischermeister von der Königsgrabenstraße wurden in letzter Zeit wiederholt aus seinem Keller Fleisch- und Würstchen gestohlen. Um dem Diebe auf die Spur zu kommen, legte er sich eine Röhre vor die Tür, um beim Betreten des Kellers traf man eine 48 Jahr alte Aktive, die bereits ihre Marktschneiderei mit Fleischwaren gestiftet hatte. Die vielfach vorbestrafte Diebin wurde der Polizei übergeben.

Beschlagnahmt wurden neun Stück frisch gewaschene Leinwand-Stehtragen, welche von einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer melde sich im Zimmer 67 des Königl. Polizeipräsidiums.

Polizeiliche Meldungen. Gefunden wurden: eine Damenstahluhr, ein goldener Trauring, ein Kinderstimmzither, eine goldene Damenuhr und eine 50 Pfund schwere eiserne Kugel mit Griff. — Abhanden kamen: ein silbernes Kettenarmband, ein evangelisches Gesangbuch, ein Postmonnaie mit 10 Mark und Papiere auf den Namen Auguste Kaufmann.

Diebstahl. Einem Schneider von der Postenstraße wurden 100 Mark in Zwanzigmärkstückchen gestohlen. — In der Nacht zum 29. d. Mts. drang ein Dieb in den Vorratsschrank einer Konditorei auf der Rosentalerstraße, indem er das Vorriegelschloß zur Eingangsstürze zertrümmerte. Da nichts gestohlen worden ist, so ist anzunehmen, daß er in seinem verbrecherischen Treiben gescheitert ist.

Neueste Nachrichten.

Aus Marokko.

Paris, 31. Januar. (S. L.-B.) Außenminister Picquart erhielt von General d'Amade einen ausführlichen Bericht über die gesamte Lage unter besonderer Rücksichtnahme auf die Umstände, welche die Räumung von Seltat durch die Franzosen veranlassen. Die Schwierigkeit, die Verbindung zwischen den vier französischen Militärposten aufrecht zu erhalten, besteht fort. Die Zahl der Lastfahrer hat weiterhin empfindlich abgenommen. Der Transport der Geschütze ist bei der Schwierigkeit der Terrainverhältnisse nur unter äußerster Anstrengung zu bewältigen. Der Luftballon wird nach Frankreich zurückgeschickt werden.

Schon verächtlich.

London, 31. Januar. (S. L.-B.) „Tribune“ meldet aus Gibraltar: Die Polizei verhaftete den Anarchisten Amador, der auf der Reise nach Sevilla beziffert war. Da dort zurzeit das spanische Königspaar Aufenthalt genommen hat, wird vermutet, daß Amador ein Attentat gegen dieses hat zur Ausführung bringen wollen. — Und diese Vermutung genügt zur Verhaftung.

Großes Eisenbahnunglück.

Düsseldorf, 31. Januar. (S. L.-B.) Der um 12 Uhr 40 Min. gestern in Paris abgegangene Schnellzug ist Nachmittags bei seiner Ankunft in dem belgischen Grenzorte Quoy-Aulnois mit einer Rangierlokomotive zusammengestoßen, wobei acht Personen getötet und vier schwer verletzt wurden.

Hamburg, 31. Januar. (S. L.-B.) Der bei Cuxhaven gestrandete Dampfer „Ther“ ist nunmehr voll Wasser gelaufen. Die Mannschaft hat das Schiff verlassen. Der Dampfer ist als verloren zu betrachten.

Berlin, 31. Januar. (S. L.-B.) Als Abendüber der Preussener Viertel überflutet wurde der verhaftete Epileptiker Winow.

Weimar, 31. Januar. (S. L.-B.) Ein Regimentsbeleg für den Landtag betreffend die Aufbesserung der Gehälter der Staatsbeamten fast aller Kategorien ist gestern bekannt gegeben worden. Die Aufbesserung soll sehr erheblich sein! Die erforderlichen Mittel werden ohne Erhöhung der Steuern aufgebracht werden können. Die Annahme durch den Landtag, wenn auch mit kleinen Abänderungen ist sicher zu erwarten.

Petersburg, 31. Januar. (S. L.-B.) Der Fürst Meshcherski erzählt gestern im „Grafenbau“, daß das Gerücht von der bevorstehenden Abberufung des französischen Botschafters Combarde die ganze Petersburger Gesellschaft mit Spannung erfüllt habe. Als die erste Revolutionäre-Ära in Russland eintrat, wußte man in den Petersburger Salons, daß man im Laufe des französischen Botschafters diesen Erscheinungen zufliegen würde.

Warschau, 31. Januar. (S. L.-B.) Als gestern Abend 6 Uhr der Chef-Direktor und Verwaltungsrats-Präsident der Aktiengesellschaft Bank, deren Aktionäre deutsche Industrielle sind, die hantelische Fabrik in der Siedelstraße verließ, wurde er von unbekanntem Terroristen durch Pistolenschüsse getötet. Seine Witwe ist eine bekannte polnische Familie an, die von der Sozialisterei sehr geschätzt ist. Die Aktionäre erlitten.

New York, 31. Januar. (S. L.-B.) Die plötzliche herein gebrochene Kälte — 14 Grad in der Stadt und über 20 Grad in der Umgebung — veranlaßt zahlreiche Todesfälle und schwere Leiden unter der armen Bevölkerung. Die Wohlthätigkeitskassen wurden seit vierzehn Jahren nicht mehr so stark in Anspruch genommen, wie gegenwärtig.

Rom, 31. Januar. (S. L.-B.) Das neue Pangericht „Vittorio Emanuele“, das gestern seine erste Probefahrt im Hafen von

Spezia machen sollte, mußte zurückkehren, da sich die Dampfleistungen als völlig unbrauchbar erwiesen und umgewechselt werden mußten.

Berlin, 31. Januar. (S. L.-B.) Der Kriegsminister hat eine Summe zwecks Bezahlung von Lebensmitteln für das Militärhospital zu frischer Lieferung angewiesen. A conto der rückständigen Abrechnungen soll demnach der Monatsgehalt ausbezahlt werden.

Lehrer, 31. Januar. (S. L.-B.) Der Präsident des Parlaments ist in heftigen Streit mit den geistlichen Anhängern des Parlaments geraten, die er der Beschäftigung beschuldigt, worauf sich ein Sturm der Empörung erhob. Zur Beilegung des Zwistes ist sofort eine außerordentliche Sitzung anberaumt worden.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Freitag, den 31. Januar.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Ext.		Wetter
	Temp.	Wind	Nicht.	Max.	Min.	
Bresl. Stern.	0.8	SW 3	floden	4	0.1	wolfig
Rosenthalbr.	0.5	SW 3	0	4	0	wolfig
Deutzen Oe.	-2	SW 2	0	2	-2	better
Habelschwerdt	-1	S 2	0	3	-1	wolfig
Hilberthal	-1	S 1	0	3	-2	bedeckt
Gbelitz	1	S 2	gering	3	0	halbbebedt
Grünberg	1	SW 5	0	4	0	bedeckt
Ohrowo	0	SW 3	0	3	0	bedeckt

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle.

I. Beam. Bahnarbeiter Karoline Wetzel, geb. Friedemann, 87 J. — Ansgänger Albert Kuffak, 67 J. — Schiffer Otto Ludwig, 52 J. — Beam. Arbeiter Karoline Striller, geb. Scherzer, 67 J. — Beihilf. Arbeiter Rosina Pietrusch, 69 J. — Gertrud Kapf, 17 J. — Beihilf. Arbeiter Rosina Nagle, geb. Keil, 61 J. — Erzie. L. des Stellmachers Wilhelm Franke, 1 J. — Zimmermann August Probst, 62 J. — Schüler Johanna Schiller, 63 J. — Haushälter Rob. Klein, 57 J. — Viktor, S. des Friseurs Stanislaus Janulski, 7 W. — Beihilf. Arbeiter Henriette Klose, geb. Kanarowski, 62 J. — Beihilf. S. des Hauswärters Wilhelm Fromm, 11 W. — Beihilf. Kaufmann Bertha Schrey, geb. Feiß, 57 J. — Beam. Schuhmachermeister Johanne W. Schrey, geb. Wagner, 73 J. — Beam. Maschinenbauers Anna Pawelle, geb. Berger, 63 J. — Rentier Jakob Engel, 70 J. — Metallarbeiter Rudolf Jüngling, 39 J. — Beam. Schlossermeister Anna Großmann, geb. Marx, 61 J. — August, S. des Arbeiters Wilhelm Geizelmann, 1 J. — Beam. Kutcher Theresia Klumpke, geb. Feite, 62 J. — Arbeiter Gustav Friblich, 29 J. — Gerhard, S. des Arbeiters August Wittner, 5 W. — Charlotte, T. des Schlossers Friedrich Frommhold, 2 W. — Günter, S. des Glasermeisters Georg Anders, 11 W. — Hausverwalter Anton Ströbe, 72 Jahre.

II. Fährerer Bogmeister Wilhelm Nig, 58 J. — Arbeiter Gottfried Dreher, 75 J. — Arbeiterwitwe Sofiana Rode, geb. Strampel, 75 J. — Königl. Qualifizierungswitwe Marie Schulte, geb. Verliche, 69 J. — Eisenbahnschmeißer Christiane Reichner, geb. Saupf, 70 J. — Erzie. S. des Schneiders Peter Suida, 4 W. — Rittergutsbesitzerwitwe Ferdinande Baidt, geb. Hofmeyer, 63 J. — Emilie, T. des früheren Schlossers Emil Windfleisch, 5 J. — Pens. Weichensteller 1. Klasse Karl Kunze, 66 J. — Fährerer Eisenbohrer Karl Thiels, 67 J. — Walter, S. des Reisenden Leo Brühlmann, 7 Mon. — Fährerer Dienstmädchen Emma Wilde, 22 J. — Fährerer Hedwig Nawocik, geb. Dypis, 24 J. — Privatierfrau Christiane Wilmch, geb. Heim, 71 J. — Georg, S. des Tischlers Anton Lysianka, 9 W. — Charlotte, T. des Eisenbohrers Paul Specht, 9 Mon. — Maria Darnowka, ohne besondern Stand, 33 J. — Stellmacherswitwe Pauline Soyve, geb. Rother, 75 J. — Pensionierter Kol. Musikdirektor, Kantor und Organist Gustav Demnis, 63 J. — Bankierswitwe Lise Ehrde, geborene Kleinert, 63 J. — Buchhalterwitwe Rosalie Silbermann, geborene Jacob, 55 J. — Magda, T. des Eisenbohrers Wilhelm Schönerforb, 9 Mon. — Richard, S. des Haushälters August Röhner, 2 Mon. — Wärgelwitwe August Hebig, 19 J. — Fährerermeisterwitwe Dittke Feine, geb. Richter, 69 J. — Handelsmann Friedrich Lindner, 79 J. — Otto, S. des Schiffers Gustav Grammens, 8 W. — Handelsmannwitwe Anna Uffe, geb. Lausch, 63 J. — Schneiderin Katharina Schmidt, 19 J. — Arbeiterwitwe Christiane Schulte, geb. Hoffmann, 78 J.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags. R. A. Krankengeld gibt nach 5 Biffer 6 des Einkommenssteuergesetzes nicht als steuerpflichtiges Einkommen.

Merrens-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Die Gewerkschaften, Gesangs-, Turn-, Radfahrer- und sonstige Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses noch frei ist für folgende Sonntags- und Sonntags des ersten Quartals 1908:

9. Februar, 8., 15., 22. März.
Sonnabend, den 1. Februar:
Zimmerer. Jeden Sonnabend: Ababend.
Sonntag, den 2. Februar:
Maschinen- und Feinwerkverband. Außerordentliche General-Versammlung. Nachmittags 2 Uhr. Zimmer 3.
Steinarbeiter. Rosttag. Vormittags von 10 bis 12 Uhr im Zimmer 7.
Dienstag, den 4. Februar:
Verband der Wärgel. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr im Zimmer 3.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

„Vollwacht“-Agitation.

Sonntag, den 2. Februar findet eine Agitation für die „Vollwacht“ von dem Lokal „Rindenschlitz“, Königsgrabenstraße 10 aus, statt. Alle Genossen, die Interesse für die Ausbreitung unserer Presse haben, werden gebeten, daran teilzunehmen und pünktlich Morgens 8 Uhr zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd).

Süd-Distrikt 3.

Bezirk 3 (Maria-Offizen). Sonntag, den 2. Februar. Ababend im Lokal des Herrn Müller.
Bezirk Reutheim. Montag, den 3. Februar, Abends um 8 Uhr: Jahresantritt im besetzten Lokale.
Süd-Distrikt 5.
Bezirk 1 und 1a Dörgerow. Sonntag, den 2. Februar, Vormittags 9 Uhr: Jahresantritt der Mitglieder bei Michael.

Oblau. Allgemeine Gewerkschaftsversammlung Sonntag, den 2. Februar, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof zur Stadt Dels.
Oblau. Schiffer-Versammlung Montag, den 3. Februar, Abends 7 Uhr, im Gasthof zur Stadt Dels. Referent: Zentral-Vorsitzender Döring-Hamburg.

Brandenburger Arbeiter: Güter Markt. — Krawatten und Hemden: Neue Gewerkschaft 10. — Brot von Oskar Gasse. — Brot von Th. Schmidt & Co. — Brot in Breslau. — Brot 1 Oskar.

Un glaublich wird es jedem erscheinen, aber wahr ist es. Das Garderobenhause „Blitz“ wird wegen vollständiger Geschäftsauflösung total ausverkauft.

Herren- u. Knaben-Garderoben

sollen schnellstens zu **allerbilligsten** Preisen **total ausverkauft** werden, deshalb beeile sich jeder, ob arm oder reich, so schnell wie möglich für den weitgehendsten Bedarf einzukleiden, selten günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer. In diesem Angebot befinden sich ein großer Posten **Kinder-Anzüge** einzelne **Berliner Modelle** durchschnittlich Größe 1-6 . M. **3.90.** Das noch vorhandene Winterlager **Waletots und Toppen** zirka 50% unter Preis.

Ohlauerstr. 83
I. Etage
Ecke Schuhbrücke.

Garderobenhause „Blitz“

Ohlauerstr. 83
I. Etage
Ecke Schuhbrücke.

Stadt-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr:
„Margarite“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Tischler“.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Athenbrödel“.
Abend 7 1/2 Uhr:
„Tanzhauer“.

Lobe-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die lustige Witwe“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Ein Walzertraum“.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Bruder Straubinger“.
Abend 7 1/2 Uhr:
„Ein Walzertraum“.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr:
Dumboldi-Verein.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Dumboldi-Verein.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Dumboldi-Verein.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Dumboldi-Verein.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Dumboldi-Verein.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Dumboldi-Verein.

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr:
„Der Oberball“.
Sonnabend nachmittags 3 Uhr:
„Die drei Missethäter“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Demetrius“.
Abend 8 Uhr:
„Der Oberball“.

Lieblichs Etablissement.

BROTHERS BOLLER
und der phänomenale
Januar-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

(Simmensauer Garten).
Bellini
und das phänomenale
Januar-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Spät an Hochfesttagen gültig.

Deutscher Kaiser

Friedrich-Wilhelmstr. 35.
Dr. H. Krausnik.
Sonnabend Freitag:
Abschieds-Vorstellung
des
großartigen Programms.
12 Nummern.
Borgustarten gültig.
Morgen Sonnabend:
„Die drei Missethäter“.
Sonnabend: „Günther“.
Niejenprogramm.

Deutscher Kaiser

Friedrich-Wilhelmstr. 35.
Dr. H. Krausnik.
Sonnabend Freitag:
Abschieds-Vorstellung
des
großartigen Programms.
12 Nummern.
Borgustarten gültig.
Morgen Sonnabend:
„Die drei Missethäter“.
Sonnabend: „Günther“.
Niejenprogramm.

Deutscher Kaiser

Friedrich-Wilhelmstr. 35.
Dr. H. Krausnik.
Sonnabend Freitag:
Abschieds-Vorstellung
des
großartigen Programms.
12 Nummern.
Borgustarten gültig.
Morgen Sonnabend:
„Die drei Missethäter“.
Sonnabend: „Günther“.
Niejenprogramm.

Deutscher Kaiser

Friedrich-Wilhelmstr. 35.
Dr. H. Krausnik.
Sonnabend Freitag:
Abschieds-Vorstellung
des
großartigen Programms.
12 Nummern.
Borgustarten gültig.
Morgen Sonnabend:
„Die drei Missethäter“.
Sonnabend: „Günther“.
Niejenprogramm.

Joseph Hennings

Trude Hennings
geb. Gassmann
Vermählte.
Paris, 12 Rue Richer
Maison Bianco.

Zigarrenmacher

Lüchtiger und fechtiger
Johannes Kubis
Witthalsstraße 94.
Gesucht sofort 465
an jedem Ort Leute, welche Betrieb bedien.
Sich. Vertikale. Russ. feinst. an Jederm.
Herrn. Wolf. Zwickau Sa. Nordstr. 30.

Zigaren Wein Drogen Farben

Ihren Bedarf in
Zigaren Wein Drogen Farben
kaufen Sie nur bei
Franz Gröschel
Leuthenstraße 60.
Kurzegeße 48.
Friedr.-Wilhelmstr. 109.

Zur Aufklärung!

Dr. Schmeckers Samen-Wurzel ist nicht
wie vielfach irrtümlich angenommen wird,
als Pflanz-, oder Pflanzmittel für fertige
Samen, sondern zur ursprüngl. Fortpflanzung
bestimmt. Eine Urzeit, welche weitere Zutat.

General-Depot Alfred Hentschel,

Ed. 7003. Dresden I, Leipzigerstr. 7.

Röst-Kaffee

Ed. von 60 A. 78 A. 98 A. bis 180 A.
Ed. Franz-Kaffee 2 Pack 11 A.
Ed. weiß. Paris 4 Pk. 19 -
Beizmehl 00 - - - 17 -
Saud-Runde - - - 25 -
Kingspiel, neue - - - 55 -
Eggschneid-Schmelz - - - 55 -
Erdlen, Bohren, Graupe - 12 -
große Sinesen - - - 22 -
amerik. Einschlüssen - - 15 -
Ed. türk. Pflanzenwurz - 22 -
Ed. Margarit - - - 59 -

Benno Neumann

Dresden, Friedrich-Wilhelmstr. 32.
Ed. I. Friedrich-Wilhelmstr. 34
Ed. II. Ostdeutsche Radstr. 1
Ed. III. Köpplingerstr. 35
Ed. IV. Berliner Allee 139.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Mittwoch, den 5. Februar 1908, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Zimmer 2.
Der wichtigen Tagesordnung (welche bereits bekannt gemacht wird), ist es
Pflicht aller Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Ortskrankenkass der Hutmacher zu Breslau

Donnerstag, den 6. Februar 1908, abends 8 Uhr,
im Zimmer I des Gewerkschaftshauses (Margaretenstraße)
Außerordentl. Generalversammlung

- Tagesordnung:
1. Jahresbericht für 1907.
 2. Beschlusfassung über den von der Aufsichtsbehörde überänderten
Nachtrag, betreffend die Versicherungspflicht der Hausgewerbe-
treibenden.
 3. Sonstige Statutenänderungen.
 4. Verschiedenes.
- Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

A. Franz Nachf. H. Wiersing

Messergasse 1, am Neumarkt.
**Größtes Theater- und Masken-
Garderoben-Verleih-Institut.**
Große Auswahl in Casabriden, historischen und
Festungs-Kostümen.
Neu-Anfertigungen prompt und billigst.
Telephon 7996. Theaterbühne leihweise zur Verfügung.

Nur kurze Zeit Schuhwaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen zu verkaufen.
Ca. 400 Paar neue, reelle Stiefel, Schuhe u. für jedermann passend, bis zur
Hälfte des realen Wertes ermäßigt. A. B.:
Edel Box-Calf-Herr n-Schnür. Zu u. Schnallen. Isefel
früher 10.- M., jetzt 7.90 M.
Einfacher in Waffboy, höher 9.- M., jetzt 6.90 M.
Damen-Box-Calf-Schnür- und Knopfstiefel,
früher 9.50 M., jetzt 7.50 M.
Edel Chevreauz-Damenstiefel, Orig. Good. Welt,
früher 12.- M., jetzt 8.90 M.
Gummischuhe, Filz- und Gauschuhe
für Herren, Damen und Kinder
weit unter regulärem Wert, solange der Vorrat reicht.
Bitte genau mit mein Schmecker zu achten, jedes Paar ist ausgezeichnet.
Gustav Bürger, Leuthenstraße 23.

Der Aufenthalt im Wasch-Hause wird zur Winterszeit die Ursache gar mancher Erkrankung.

Sie beugen dieser vor, wenn Sie
„Ding an sich“
verwenden, das die Dauer des Waschens ganz erheblich
verkürzt und kaum nennenswerte Arbeit erfordert.
Wäsche wird geschont.

Einfache Gebrauchsanweisung beachten.

Nicht zu verwechseln mit anderen sogen. Waschmitteln,
die bis zu 90% Soda enthalten.
Es zu haben in den besten Feinwaarenhandlungen.
Ross-Schlächtere
31 Gräblichenerstraße 31
empfehlen junges Fleisch sowie sämtliche Waren
zu billigsten Preisen.

Parteigenossen! Jede kluge Mutter

Empfehle (478)
**Samm-Seidel
Verlins-Seidel**
In grosser Auswahl
Hermann Gritz, Platz 8
7 Jahre bei Otto Wittig
1. techn. Kraft tätig gewes.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren

in eigener Werkstatt von nur besten
Materialien gefertigt.
Rein Abzahlungsgeschäft
gewähre aber gern Vorkaufung.
Preise enorm billig.

- | | |
|---------------------------|---------|
| Wollgarnter | 100 DZ. |
| Edelwoll | 15 |
| Edelwoll mit med. Aufsatz | 60 |
| Schwarz | 60 |
| Edelwoll | 45 |
| Edelwoll in gutem Stoff | 85 |
| Edelwoll mit Matras | 85 |
| Wollwoll mit hoher Leine | 4 |

Arbeiter-Garderobe

wie Blusen, Monteur-Jacken, Hosen
Walkjacken und Strickwesten,
Berufsbekleidung für alle Branchen
billigst nur bei
H. Silberstein
Friedrich-Wilhelmstrasse 16/18
Ecke Schwerstrasse.
Vorzeiger d. Annonce erh. 5% Rab.
Die Volksschule wie sie ist
von Otto Röhle
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition
und Kolportage.

Julius Eifler Eduard Strube

Sargmagazin und Beerdigungs-Anstalt
BRESLAU, Friedrich-Wilhelmstrasse 55/57
Ecke Friedrich-Carlstrasse 5957
empfehlen sein **reichhaltiges Lager**
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung
einer gütigen Beachtung.
Leichttransporte per Bahn und Gespann zu soliden Preisen.

Genossen

kaufen jetzt bis 25% billiger bei mir
Schuhwaren,
während meines großen
Juwelur-Ausverkauf.
Eugen Hamburger
Spezial-Abteilung für Schuhwaren
nur Bohrauer-Strasse Nr. 23. Ecke Nachodstrasse
ein Haus weiter vom Hauptgeschäft.

Die Gleichheit

(Frauenzeitung.)
Alle 14 Tage erscheinend Seit 10 Jahren.

Möbel- und Waren-Kredit-Haus

M. Grau Nachf.
Albrechtsstrasse 39, I. Et.,
Ecke Altdüsserstr. 475
Kleinsto Herren- und Damen-
Auszahlung. Konfektion. Bequemste
Abzahlung. Nähmaschinen.

Vom Wahlrechtskampf.

Wer ist strafbar?

Herr v. Brandenstein hat am Mittwoch im preussischen Dreiklassenparlament wider den gegenwärtigen preussischen Justizminister den Gelfi Lessendorfs beschworen, des berühmtesten Oberstaatsanwalts aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Lessendorf hätte Herr v. Brandenstein das Kunststück zugetraut, das Herr Weseler nicht fertig brachte, nämlich die Straßendemonstrationen der Sozialdemokratie im Reime zu verhindern. Lessendorf würde energische Maßnahmen ergreifen und seinen Plan fertig gehabt haben, ehe das offizielle Material vorlag. Nach Lessendorfs Vorbild müsse man „das allmähliche Einzerzieren der Revolutionstaktik abschaffen und die Schule des Aufruhrs schließen.“

Darauf antwortete Herr Weseler einigermassen verlegen, gegen Straßendemonstrationen unerbittlich und mit Nachdruck einzuschreiten seien die Staatsanwaltschaften angewiesen. Die Schuldigen werden jedenfalls streng bestraft werden. Freilich seien die „Mädelsführer“, die sich im Hintergrunde halten, schwerer zu fassen als diejenigen, die auf die Straße gehen.

Es entsteht nur noch die Frage, wie die Richter zu einem Schuldspruch kommen sollen. Der Schwere Landfriedensbruch-Paragraf kann nur dort zur Anwendung kommen, wo Zusammenrottungen erfolgen, zu dem Zwecke, Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen zu begehen, er scheidet also bei den friedlichen Straßendemonstrationen der Arbeiter von vornherein vollständig aus.

Wegen Auflassung kann jeder Teilnehmer einer öffentlichen Versammlung von 20 versammelten Menschenmenge bestraft werden, wenn er sich auf die dritte Aufforderung hin nicht entfernt. Der Tatbestand des Auflasses ist also für gewissenhafte Richter sehr schwer festzustellen: die Höchststrafe beträgt drei Monate Gefängnis.

Nur wenn bei einem solchen Auflassung „mit vereinten Kräften gegen die Beamten oder die bewaffnete Macht Widerstand geleistet oder Gewalt verübt“ wird, treten die schweren Strafen des Auflasses ein. (Gefängnis nicht unter sechs Monaten.) Den Beamten und der bewaffneten Macht mit vereinten Kräften Widerstand zu leisten, fällt aber friedlichen Wahlrechtsdemonstranten gar nicht ein.

Gegen Menschen, die nichts weiter tun, als auf der Straße Hochrufe auf irgendwen oder irgendwas auszubringen oder die sonstige Ausrufe machen, deren Inhalt nicht gegen das Gesetz verstößt, kann ein deutscher Richter überhaupt keinen Schuldspruch fällen. Sonst müßten ja alle getreuen Untertanen, die auf der Straße beim Anblick eines vorbeifahrenden Automobils Hochrufe ausstoßen, ins Gefängnis wandern. Das Gesetz kennt zwischen Hochrufen auf den Landesherren und Ausrufen für das gleiche Wahlrecht keinen Unterschied. Ein Richter, der einen solchen Unterschied dennoch konstruieren wollte, würde offensichtlich dem Gesetz zuwiderhandeln. Moderne und gerecht denkende Richter würden jedenfalls anerkennen, daß den als „schuldige Erkannten“ der gewalttätige ideale Antrieb ihres Vorgehens und überdies das Beispiel, das von höherer Stelle gegeben wurde, und gegen welches man nicht behördlich einschreift, als mildernde Umstände zur Seite fänden.

Uebrigens sind, wie ältere Genossen zu erzählen wissen, Straßendemonstrationen — allerdings kleineren Umfangs und bloß in den Vorstädten — auch zu Lessendorfs Zeiten, namentlich bei den Reichstagswahlen, vorgekommen, ohne daß Bismarcks zuverlässigster Justizbeamter Gelegenheit ge-

hunden hätte, gegen sie einzuschreiten. Und überdies gibt es für die Tatsache, daß das Wachstum der Sozialdemokratie durch Gesetzeschlitzen nicht aufzuhalten ist, gar keinen besseren Beweis als die Vera Lessendorf.

Noch ein wirklicher Liberaler zu den Straßen-Demonstrationen.

In einer Versammlung des Vereins für Frauenstimmrecht referierte der bekannte demokratische Politiker Dr. Breitscheid über das Thema: Die Frauen und der Kampf um das politische Wahlrecht. In seinem Vortrage betonte er nach der „Frankfurter Zeitung“ folgendes:

Von der Regierung und den parlamentarischen Körperschaften ist nichts zu erwarten. Es bleibt also nur übrig, eine mächtige Volksbewegung zu entfachen mit allen legitimen Mitteln. Dazu gehören auch die Straßendemonstrationen, wie sie die Sozialdemokratie eingeführt hat. Man solle aber diese Art des Vorgehens nicht ängstlich flennen; öffentliche Kundgebungen für oder gegen ein Etwas seien einander rechtlich gleich. Jetzt sei Erregung, nicht Ruhe, die erste Pflicht. (Lebhafte Zustimmung.) Die Entscheidung der Zweckmäßigkeitstrage könne man den Demonstranten selber überlassen.

In der Diskussion wurde von einer bürgerlichen Frau Budack, der Vorsitzenden des Mainzer Vereins für Frauenstimmrecht, erklärt, daß es nur die Sozialdemokratie mit den Frauen ehrlich meine, denn die Forderung des Frauenstimmrechts sehe nur auf ihrem Programm.

Wo der Freisinn reagiert.

Die Bürgerschaft in Bremen lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen Stimmrechtes für die Bürgerchaftswahlen mit etwa 80 gegen etwa 18 sozialdemokratische und 10 bürgerliche Stimmen ab und überwies die sonstigen Anträge auf Reform der Bürgerchaftswahlen einer Kommission.

Der in Bremen wohnende freisinnige Abgeordnete Hermann tritt in Preußen für allgemeines, gleiches Wahlrecht ein, seine Parteigenossen in der Heimatstadt lehnen es ab. Denn dort haben sie die Mehrheit.

Die Herren.

Die Petitionskommission des Herrenhauses hat in ihrer Sitzung am Mittwoch Petitionen um Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit gleichem Stimmabgabe für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministerpräsidenten vom 10. Januar verworfen. — Selbstverständlich! Was gehen die Volksrechte diese Herren an.

Fata Morgana aus London.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt über die Straßen-Demonstrationen:

Es ist gewiß ein Unterschied zwischen der Straßendemonstration einer auf geschlichem Boden stehenden Partei und dem revolutionären Kaba, dessen Zeugen wir hier geworden sind, auch ein Unterschied, ob in London demonstriert wird, wo jeder Demonstrant seinen Schutzmännern neben sich hat, der ihn in Reich und Glied hat, oder in Berlin, wo die Schutzleute wenig zahlreich sind und die Demonstranten gerade die Absicht haben, den Verkehr zu stören.

Die „Kreuzzeitung“ ist im Irrtum. In London hat jeder Demonstrant zwei Schutzmänner neben sich und vorn und hinten je einen berittenen, das versichert die „Frankfurter Zeitung“ aus eigener Wissenschaft.

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung. Donnerstag, den 30. Januar. Nachmittags 1 Uhr.

Am Vortage: von Tirpitz, Dr. Lieberding. An der Tagesordnung steht die

Zweite Lesung des Marineetat.

Die Budgetkommission beantragt hierzu eine Resolution, wonach die Arbeiten der Marineverwaltung nur an Firmen vergeben werden sollen, welche die gesetzlichen Vorschriften in Bezug auf die Arbeitsbedingungen einhalten und falls Tarifverträge am Betriebsort bestehen, nicht hinter den Bestimmungen dieser Verträge zurückbleiben. Ferner sollen die Arbeitsbedingungen in den Reichsbetriebbetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse festgelegt oder neu geordnet werden.

Die Abg. Albrecht und Genossen beantragen, in der Resolution hinter Arbeiterausschüsse einzuschalten; und Arbeiterorganisationen.

Beim Gehalt des Staatssekretärs (44,000 Mark) dauernd

Abg. Dr. Leonhard (Fr. Vp.) die Agitation des Flottenvereins, die sich gegen England richtet. Unsere Flottenvermehrung richtet sich aber nicht gegen England; wir haben überhaupt keine Anwartschaft. Andererseits darf keine Rücksicht auf das Ausland und an notwendigen Ausbau unserer Flotte hindern. Redner tritt für Erhebung der hinsichtlich der Stellung und Erhöhung des Gehaltes der Marine-Juvenale ein, tadelt die Forderung für Offiziere und bräut eine Anzahl Klagen einzelner Beamtenkategorien vor.

Staatssekretär von Tirpitz berichtet, nach Möglichkeit den Wünschen des Vortages zu entsprechen.

Abg. Dr. Straube (Frei. Vp.) äußert sich im Sinne des Abg. Dr. Leonhard und bezieht sich auf den Ausschuß der Öffentlichkeit bei den Kriegsgeschieden. Mit Vorbehalte schließt man die Öffentlichkeit bei Verhandlungen gegen Offiziere aus. (Obst, hört! links.) Wenigstens macht man es so: man schließt die Öffentlichkeit nicht aus, aber man verlegt die Verhandlungen an Bord der Kreuzfahrtschiffe. Das bedeutet, daß das Publikum von der Teilnahme an dieser Verhandlung ausgeschlossen ist, weil die Erlaubnis zum Betreten des Kriegsschiffes nicht gegeben wird. (Obst, hört! links.) Bei der ersten Marineintention wurde den Kriegsgeschieden ein Ausfluß erteilt an die Presse vor dem; den Gerichtsdienern wurde sogar für das bloße Sprechen mit Berichterstattern Strafe angedroht. (Obst, hört! links.) Das Vertrauen zu den Marinekriegsgeschieden muß darunter leiden. — Redner empfiehlt möglichst einstimmige Annahme der Resolution der Kommission.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, den Kriegsgeschieden über den Ausschuß der Öffentlichkeit keine Vorarbeiten machen zu können und erklärt sein warmes Herz für die Beamten und Arbeiter seines Ressorts.

Abg. Legien (Soz.):

Die Antwort des Staatssekretärs auf ihre Klagen über den tatsächlichen Ausschuß der Öffentlichkeit bei Verhandlungen der Kriegsgeschieden dürfte die Freisinnigen, trotz ihrer Bescheidenheit, nicht befriedigen. Trotz des schönen Freisinnplatzes an der Sonne und trotz der hübschen Orden bleibt eben alles beim Alten. — Den Ausführungen des Kollegen Straube über die schlechte Lage verschiedener Beamtenkategorien kann ich mich durchweg angeschlossen. Meine Ausführungen beziehen sich im wesentlichen auf die Werkarbeiter, namentlich die Arbeiter der Metallwerke. Ich bin durchaus der Meinung, daß es in erster Linie Aufgabe der Arbeiter selbst ist, für Abstellung der Mängel Sorge zu tragen. Aber wenn die Werkarbeiter in dieser Richtung vorgehen, so haben sie oft keinen Erfolg. Als der Arbeiter Röhmann ein Verwaltungsverfahren über die Frage herbeiführen wollte, ob der Vorstand der Betriebskrankenkasse der Metallwerke Einfluss auf die Auswahl der auf Kosten der Arbeiter angestellten Hilfsarbeiter des Rechnungsführers haben soll oder nicht, wurde er kurzer Hand entlassen. (Obst, hört! bei den Soz.) Der Arbeiterausschuß ist bloße Dekoration, eine machtlose Maschine, selbst die Tagesordnung wird ihm vom Ober-Werkdirektor vorgezeichnet; die beschiedenen Wünsche, die er etwa in Betreff von Schulvorrichtungen usw. äußert, werden monatelang keiner Antwort gewürdigt. Wenn die Arbeiter sich dann beschwerten, so heißt es: Ihr müßt ja gehen, wenn's Euch nicht paßt. Und da spricht man von sozialen Musterbetrieben! Rechte hat der Arbeiterausschuß nicht; aber die Pflicht, an Kaisers Geburtstag Neben zu halten, legt man seinen Mitgliedern auf. (Obst, hört! und Heiterkeit bei den Soz.) Die Mitarbeit, mit der den Werkarbeitern begegnet wird, ist so groß, daß die Arbeiter in Privatbetrieben darauf sicher mit einem Streik antworten würden. Aber gut organisierte Arbeiter sehen eben von

Aus aller Welt.

Auch eine Arbeitslosen-Demonstration. In gewaltigen Menschenansammlungen kam es Dienstag Abend in der Nähe der Potsdamer Kirche zu Berlin. Der Aufmarsch nahm so große Dimensionen an, daß erst ein Schusswund an der Menge zerstreuen mußte. Die Veranlassung zu dieser Straßendemonstration bot diesmal nicht eine Versammlung, sondern das harmlose Interat eines Militärschülers, der auf diesem nicht ungewöhnlichen Wege einen Ruf nach mehr Freiheit geschickt hatte. Auf dieses Interat hin strömte Abends ein endloser Zug von Bewerbern dem Laden zu. An der Tür kam es fast zu einem Handgemenge, weil jeder der Arbeitslosen dem Hivalen auskommen wollte. Der im Laden anwesende Verkäufer mußte sich vor der Masse kaum zu retten; kein Kunde konnte den Laden betreten und vergeblich forderte der junge Mann die vielen Bewerber auf, den Laden zu verlassen. Sie konnten nicht hinaus, weil von außen immer neue Arbeitslose nachströmten. In seiner Verzweiflung rief der Verkäufer schließlich telefonisch die Polizei zu Hilfe und einem Schutzmannaufgebot gelang es denn auch, den Laden und die Straße wieder für den Verkehr frei zu machen. Auch ein Zeichen der herrschenden Arbeitslosigkeit in Berlin.

Aufgehobene Kaiser-Geburtsfeier. Eine harmlose Kaiser-Geburtsfeier im „Hotel Burgoyne“ in Wiesbaden hat Anlaß zu einem neuen politischen Mißgeschick gegeben, der fast wie eine Tragödie anmutet. Inoffiziell Stammgäste des Hotels feierten Kaisers Geburtsfeier durch ein Festessen, bei dem auch eine Gratulations-Depesche nach Berlin gesandt wurde. Bei der Feier wurden einige Lieder mit Klavierbegleitung gesungen. Im Hotel erschienen bald zwei, später vier Schutzleute, die im härtesten Art den Befehl verboten. Da man jedoch annahm, weiter sitzen zu dürfen — es handelte sich doch um eine patriotische Feier —, tanzte plötzlich ein Schutzmannaufgebot von acht Mann unter Führung eines Wachmanns auf, um die Nebeltäter zu notieren. Dem mit „Reel“ titulierten Wirt hätte man am liebsten gleich mitgenommen. Dabei entstand ein solcher Arm, daß vor dem Hause, das übrigens noch durch ein Aufgebot von 46 weiteren Schutzleuten umzingelt war, eine riesige Menschenmenge sich anammelte, die ein schweres Verbrechen vermutete. Nachdem die Polizei ihre Pflicht getan, zog sie unter der Deckung der Menge wieder ab. Die Affäre wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. — Diese Gleichstellung mit anderen Staatsbürgern kann uns nur angenehm sein.

Kein Abkündigen! Unstilles Verhalten seinen Lehrling gegenüber hat den Kaufmann Emil Marowitz vor die obere Strafkammer des Berliner Landgerichts geführt. Der Angeklagte ist Inhaber eines Spezialgeschäftes für Zucker, Eier,

Wurstwaren und Käse und unterhält neben dem Hauptgeschäft eine Kassa, in welcher er junge Mädchen als Verkäuferinnen beschäftigt. Er wurde von zwei noch nicht 16-jährigen Lehrlinginnen beschuldigt, bei verschiedenen, von ihm gestellten Gelegenheiten sie schwer beleidigt zu haben. Strafanträge wurden dann von den Vätern der Mädchen gestellt. Der Angeklagte wurde trotz seines entschiedenen Leugnens vom Schöffengericht für schuldig befunden und zu einem Jahr zehn Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt. Das Schöffengericht hielt die strenge Strafe für geboten mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte einen schändlichen Mißbrauch mit seiner Stellung als Arbeitgeber getrieben habe. — Bei der gestrigen Verhandlung in der Berufungsinstanz hat der Verteidiger um ein niedrigeres Strafmaß. Er führte u. a. aus, daß der Angeklagte zu Geschäftswenden Restaurateure besuche und dabei gezwungen sei, alkoholische Getränke zu sich zu nehmen. So sei er in dem letzten Jahre wenig zu klarem Verstand gekommen. Bis zur Inhaftnahme habe er täglich 12 bis 15 Glas Cognac, 12 bis 15 Glas Portwein, dazu noch Rum und etwa zehn Glas Bier getrunken (!), sodas er fast niemals ganz nüchtern war. — Das Berufungsgericht hob nach längerer, unter Ausschuß der Öffentlichkeit geführter Beweisaufnahme das erste Urteil auf, ermäßigte die Strafe auf acht Monate Gefängnis und entließ den Angeklagten aus der Haft.

Ein pietätloser Burjke. Bisher leider noch unbekannt Verloren haben von einigen Denkmalern vom Friedhof der Märkischen in Friedrichshagen in Berlin größere Kupferplatten mit Aufschriften.

Ein fingierter Raubfall. Der Kassendiener des Dresdener Bankvereins wollte am Donnerstag Vormittag das Opfer eines Attentats geworden sein, wobei ihm angeblich 15,000 Mark geraubt wurden. Diese Angaben stellten sich jedoch als unwahr heraus, denn nachdem der Kassendiener Max Laucher verhaftet worden war, legte er ein Geständnis ab. Das Geld wurde vollständig zur Stelle beschafft.

Ein Pfarrer wegen Verleitung zum Weineid verhaftet. Pfarrer Lang in Hedenbeck ist unter dem Verdacht der Verleitung zum Weineid in einer Untersuchung gegen den Abtender anonymen Briefe verhaftet worden.

Das belagerte Pfarrhaus. In Carben wurde bei einer sogenannten Wiltiger in der Nacht ein Anschlag auf das katholische Pfarrhaus unternommen. Als der Pfarrer, dessen Schwastern und auch die zur Ruhe gebeten wollten, wurden unanfechtbar in Schüsse auf die Schlafkammer der drei Personen abgegeben, die an die hinteren Räume flüchten, aber auch dort mit Kugeln überhäufert wurden. Inspektant wurden 17 Straßenschützen

durch Schüsse zertrümmert, die anderen Fensterläden zerplittert und in den Zimmern durch die eingeschlagenen Kugeln große Verwüstung angerichtet. Die Insassen des Pfarrhauses schwebten bis zum frühen Morgen in Lebensgefahr, dann verschwanden die Attentäter, von denen bisher keine Spur aufzufinden ist.

2,088,973 Berliner. Das Statistische Amt der Stadt Berlin teilt mit, daß die Einwohnerzahl von Berlin ohne die die Vororte am Schlusse des Jahres 1907 ohne Militär 2,088,973 betragen hat. Ende 1906 betrug Berlin ohne Militär 2,068,911 Einwohner. Die Zunahme in dem vergangenen Jahre betrug also 20,062 Einwohner. Mit dem Militär zählte Berlin Ende 1906 bereits 2,091,299 Personen.

Eine Wärenjagd in Lichtenberg. Hier gibt seit einiger Zeit der Schwaibler Krüger in der „Zetterschloß“ mit einer kleinen Dienargee Vorstellungen. In seinen Tieren geht es auch ein Wäre. Dieser hielt es für gut, Dienstag Abend einmal einen Abnehmer in die Umgegend zu machen. Das Abenteuer sollte ihm schlecht bekommen. Krüger, der das Entdecken des Wären sofort gemerkt hatte, suchte die ganze Nacht und wieder den ganzen folgenden Vormittag nach dem für ihn sehr wertvollen Tier. Ueberall ließ er verorten, daß der Wäre ganz harmlos sei und von jedermann ohne die geringste Gefahr angehalten werden könne. Es nützte nichts. Um 2 Uhr Nachmittags übertrug Arbeiter der Puppelholzaublung der Gebrüder Köp in der Rüdterstraße 14-17 zu Lichtenberg den Meister Pöhl in einem Schuppen auf, als sie Bretter holen wollten. Mit Entsetzen ließen sie davon. Zwei Hunde, die jetzt losgelassen wurden, holten den Wären, der wieder zurückgekommen war, abermals aus dem Schuppen. Als nun Meister Pöhl ungemächlich zu werden gedachte, nahm Herr Pöhl einen Flinten und brachte ihn durch einen wohlgezielten Schuss um Strecke.

Das zweite Geleise der Abtrischen Bahn. Das Ministerium für Verkehrswesen brachte in der Duma eine Gesetzesvorlage betreffend den Bau eines zweiten Geleises für die Abtrische Bahn ein. Nach der Vorlage soll der Bau in zwei Abschnitten erfolgen. Die Fertigstellung des ersten Abschnittes ist für das Jahr 1911 in Aussicht genommen. Die Gesamtkosten sind mit 157,320,000 Rubel (ca. 850 Millionen Mark) veranschlagt.

Ein deutscher Gelehrter in London verhaftet. Aus London wird gemeldet: Der Geschichtswissenschaftler Peter Heinrich Kronen wurde dem Polizeigericht vorgeführt, um an Deutschland ausgeliefert zu werden. Kronen wird beschuldigt, Drobrietz nach Deutschland gelandt zu haben, um Geld von dortigen Vertriebenen zu erheben. In dem Drobrietz wurde behauptet, daß sie von einem internationalen anarchistischen Bund abgehandelt wären. Die Wohnung Kronens wurde durchsucht und ein Brief angefundnen, der an „Herrn Wasserbaum“ in Essen adressiert war und diesem mitteilte, daß er sich vor Drobrietz in der Duma befinden solle, wenn er nicht 5000 Mk.

Postbeamtenfragen.

Im Etat des Post- und Telegraphenwesens, der am Donnerstag in der Budgetkommission zur Beratung gelangte, wurden eine erhebliche Anzahl von neuen Beamtenstellen gefordert. Für das Heer der Unterbeamten, das auf 45,680 Köpfe angewachsen ist, werden insgesamt 74 480,210 Mark ausgegeben, 5,480,800 Mk. mehr als im Vorjahre. Für Gehälter insgesamt werden 214,208,241 Mark ausgegeben, 4,874,590 Mk. mehr als im Vorjahre. Für Wohnungsgelbzuschüsse werden 38 1/2 Millionen gefordert, 1,693,000 Mk. mehr als im Vorjahre. Zu Teuerungszulagen sollen 2,625,900 Mk. verwendet werden. Für bauernotwendige Hilfsarbeiter werden 21,860,000 Mk. angefordert, 3,300,000 Mk. mehr als 1907.

Bei diesen Ausgaben ist die den Beamten in Aussicht gestellte Gehaltsaufbesserung noch nicht in Rechnung gezogen.

Von verschiedenen Abgeordneten wurde angefragt, wie weit die Vorarbeiten für die Regelung der Beamtengehälter gediehen seien. In dem Munde der Beamten herrsche lebhafteste Beunruhigung. Es seien Mittelungen in die Presse getreten, welche Gehaltssteigerungen beabsichtigt seien. Darauf soll der Postlag, unter der nicht wenige Beamte zu leiden haben, keineswegs abgetan werden. Wenden sich die Beamten mit Fragen an die Abgeordneten, so kann ihnen keine Auskunft erteilt werden. Die Abgeordneten erfahren von den Einschließungen der Regierung erst, wenn die fertigen Gesetzesentwürfe in ihre Hände kommen. Auch über die Regelung ihrer Gehälter wurde ihnen nähere Auskunft rundweg verweigert. Unterstaatssekretär Töwe versicherte, die Verwaltung habe die Angelegenheit nach Kräften gefördert, die Beratungen in den Ressorts seien auch bereits abgeschlossen, wann aber die Vorlage vom Bundesrat verabschiedet werde, wisse er noch nicht, könne also auch nicht sagen, wann der Gesetzesentwurf dem Reichstage zugehen werde. Auch Zahlen könne er heute noch nicht nennen. Der Beunruhigung der Beamten solle dadurch vorgebeugt werden, daß die Presse nicht unkontrollierbare Mitteilungen bringe.

In der Diskussion über die Gehaltssteigerungen wurde das Verhältnis zwischen der Reichspostverwaltung und deren Beamten im allgemeinen besprochen. Von einem bürgerlichen Abgeordneten wurde angeregt, Beamtenauschüsse gutachtlich über Gehaltsfragen zu hören. Dem wurde von dem Abg. Gröber (Zentr.) und Dr. Semler (Nat.) widersprochen. Es dürfe nicht geduldet werden, daß die Beamten eine Art Nebenregierung bilden. Genosse Eichhorn bekräftigte die Bildung von Beamtenauschüssen und forderte wirkliche Kooperationsfreiheit der Beamten, sowie Bewegungsfreiheit für dieselben, damit Fälle, wie die Maßregelung des Postarztes Schellenberg in Wiesbaden nicht mehr vorkämen. Der Staatssekretär Kräfte will an seinem absolutistischen Regiment nichts geändert sehen. Schräff sprach er sich gegen die Bildung von Beamtenauschüssen aus. Wenn Beamte Wünsche vorbringen wollten, würde er sie empfangen. Genosse Kroske forderte mögliche Beschleunigung der Arbeiten zur Regelung der Gehaltsverhältnisse. Die Beamten seien empfindlich unter der Steuerung, und es sei erklärlich, daß sie beunruhigt sind, weil sie noch immer nicht wissen, wann und wie viel Zulage sie erhalten werden. Wenn der Reichstag darauf bestünde, daß Beamtenauschüsse gebildet werden, habe der Staatssekretär sich zu fügen. Von einer Audienz hätten die Beamten nichts. Wirkliche Kooperationsfreiheit und das Recht, ihre Wünsche durch Vertrauensleute vorbringen zu können, müsse ihnen zugesprochen werden, weil der einzelne Beamte, der Wünsche und Beschwerden vortrage, leicht in Mißkredit komme.

Außer fast 50,000 Unterbeamten beschäftigt die Postverwaltung noch 15,000 Unterbeamte in gehobenen Dienststellen und 21,000 Mann im Landbestellungs- und als Vorw. Die Zahl der gehobenen Stellen ist für 1908 um 2000 vermehrt worden. Es werden diesen Beamten Leistungen zugewiesen, die über das gewöhnliche Maß hinausgehen. Mittlere Beamtenstellen sollen geteilt werden, indem deren Arbeiten von Unterbeamten in gehobener Stellung ausgeführt werden. Die Beamten sind mit diesem System wenig zufrieden gewesen, weil nach ihrer Ansicht bei der Vergütung von gehobenen Stellen oft noch Günstverfahren vorkommt. Darauf wies Genosse Eichhorn hin. Jetzt sollen die gehobenen Stellen einer neuen Beamtenklasse vorbehalten werden, die sich einer besonderen Prüfung zu unterwerfen hat.

Die Frage des Vereinigungsrechts der Unterbeamten wurde bei dem Titel Unterbeamte vom Abg. Gröber noch einmal aufgeworfen. Ein ganz leichtes, lofes Zusammen treten, um sich über zu äußernde Wünsche verständigen zu können, könnte den Unterbeamten wohl gestattet werden. Herr Gröber hat eine sonderbare Auffassung davon, wie das Kooperationsrecht der Beamten aussehen darf. Der Staatssekretär schrie sich aus. Er wird am nächsten Tage zum Sprechen gebracht werden.

Partei-Angelegenheiten.

Mecklenburgische Wahlrechtsagitation. Unser Hochvertrauensvoller Parteigenosse, die „Mecklenburgische Volkszeitung“, führt jetzt eine scharfe Agitation für Verfassungsreform und allgemeines Wahlrecht. Die Donnerstagsnummer der „Volkszeitung“ trägt in großen Lettern folgende Kopfliste:

Für ein Suffragium für alle gegen eine zeitgemäße Reform der Verfassung wenden! Auf zur Agitation für das allgemeine Landtagswahlrecht!

Die Forderung muß den Verhältnissen des Landes mit dem Wahlslopf im Einklang angemessen sein.

Personalien. Genosse Hermann Wendel ist aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ausgeschieden.

Arbeiterbewegung.

Der vierte Verbandstag des Verbandes der Buch- und Steinbrücker- u. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands wird am Montag, den 1. Juni 1908 und folgenden Tage nach München, Bayerstraße 3-5 (Rathhäuserbrunn), einberufen. Anträge der Jahrestellen müssen bis spätestens den 14. März an den Verbandsvorstand eingelaufen sein; später einlaufende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Der Verband der Eisenarbeiter hält seinen sechsten Verbandstag am Montag, den 4. Mai in Kürnberg ab. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Hauptverbandes und des Ausschusses. 2. Urtar der Lohnbewegungen. 3. Die Unterstützungsvereine. 4. Organisation und Agitation. 5. Statutenberatung. 6. Wahlen. 7. Beschlüsse.

Streik in der Metallindustrie von Groß-Berlin. Bei fünf Werken der Groß-Berliner Metallindustrie bestehen Differenzen. Bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken sind sämtliche Eisenarbeiter, Schlosser und Werkzeugmacher wegen Verweigerung der Löhne am 10. Prozent in den Streik getreten. Ferner haben die Arbeiter der Metallischen Eisen- und Stahlwerke in Oberschönau wegen Nichtzahlung der Löhne am 10. Prozent in den Streik getreten. In der Berliner Metallindustrie sind die Arbeiter der Metallischen Eisen- und Stahlwerke in Oberschönau getreten. In der Berliner Metallindustrie sind die Arbeiter der Metallischen Eisen- und Stahlwerke in Oberschönau getreten.

Aussperrung in der Metallindustrie? Die Direktion der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Aktiengesellschaft hat ihren Arbeitern folgendes Ultimatum gestellt: „Im Fall die Eisenarbeiter nicht bis Freitag früh die Arbeit wieder aufgenommen haben, soll die Aussperrung sämtlicher Arbeiter erfolgen.“ Eine Aussperrung von 2000 Arbeitern dieses Werkes besuchte Versammlung im Arbeiter-Vereinslokal erklärte den Streik für beendet, da Lohnverhandlungen erfolgt seien.

Moderne Arbeitswilligen-Transporte. Bei dem Streik der Riegelarbeiter der Dampfalgengießerei in Bielefeld bei Dresden feiert die moderne Verkehrsbranche ihre Triumphe. Das Auto wird in den Dienst des Arbeitswilligen-Transportes gestellt. Am Dienstag kam ein Erzeugnis auf dem Hauptbahnhof an. Die Arbeitswilligen wurden aber nicht durch die Bahnhofspolizei vertrieben, sondern nach dem Passieren verschiedener Stellen, was ja bekanntlich für jeden gewöhnlichen Eisenarbeiter mit Strafe bedroht ist, wurden sie nach dem für Militärtransporte bestimmten Ausgange und von dort unter geheimer polizeilicher Bedeckung zu fünf bereitstehenden Autos transportiert, um dann in lauten Geschwindigkeit nach dem Vertriebsgeschäft zu werden. Der Riegelarbeiter hat nun auch die organisierten Arbeiter seines Fabrikbetriebes in Laubach bei Bielefeld bei Schnitz ausgepersert. So werden alle verkehrs- bahnpolizeilichen Anordnungen - insbesondere - alles wegen der Ordnung und Sicherheit der treuen Arbeitswilligen und im Interesse des dreimal zahlreicheren Kapitalismus!

Schreckliche Schauererlebnisse wissen die Depeschenbureaus seit einigen Tagen über den Hafenarbeiterausstand in Neapel zu berichten. Die Hafenarbeiter bringen heftige Erregung, die zu Zusammenstößen mit der Polizei führten. Den Depeschenbureaus wird wohl eine Verwechslung unterlaufen sein: Die Polizei wird heftige Erregung heben, die zu Zusammenstößen mit den Ausländern führen, denn sonst wäre das angelegte Verlangen der Väter nach Verhaftung der Hafenarbeiter unverständlich. Wenn die Hafenarbeiter Erregung begehren, würde mit deren Verhaftung wohl nicht lange gezögert; so aber die Polizei sie begehrt, würde mit der Verhaftung der Schuldigen eben nicht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. Januar

Geschichtskalender.

1. Februar.

- 1620 Anfang der Gegenreformation in Böhmen.
- 1855 Rangredner Klaus Darm in Kiel.
- 1902 Sanftbar wird zum Freihafen erklärt.
- 1905 Landschaftsmaler Oswald Achenbach in Düsseldorf.

Der Wahlrechtskampf.

den die Parteigenossen und Genossinnen Preußens nunmehr seit zwei Jahren energisch führen, wird am Sonntag und Dienstag in zwei großen Volksversammlungen durch unsere Vorkämpferin Klara Zetkin aus Stuttgart gebührend beleuchtet werden. Die Sonntags-Versammlung im Gewerkschaftshaus findet Abends 6 1/2 Uhr statt, so daß auch die Besucher der Volksvorstellung noch Einlass finden können; die zweite Versammlung am Diens'ag, den 4. Februar, tagt Abends 8 Uhr, im Kronprinzen auf der Kurzeasse. Wir ersuchen unsere Genossinnen und Genossen, rechtzeitig zur Stelle zu sein, da der Andrang ein bedeutender sein dürfte.

Kursus für Parteigeschichte.

Heute Freitag, den 31. Januar, Vorleser Vortrag von Dr. Max Maurenbrecher:

Einigung und Sozialistengesetz.

Einzelkarte 20 Pfg.

*** Gegen die freie Turnerschaft!** Unwillkürlich denkt man an das Goethewort: „Nein, er gefällt uns nicht, der neue Bürgermeister!“ Zum wenigsten dann nicht, wenn er, der einstimmig Gewählte, Schriftstück unterzeichnet wie das nachstehende Schreiben der Schuldeputation des Breslauer Magistrats.

IV. 1 2302 Breslau, den 25. Januar 1908. Bei den beiden Männern und der Damen-Abteilung der „Freien Turnerschaft“ sind besondere Jugend-Abteilungen eingerichtet, in die nicht mehr schulpflichtige jugendliche Personen aufgenommen werden.

Im Auftrage der königlichen Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, fordern wir Sie unter Hinweis auf die Bestimmungen der allerhöchsten Kabinettsordre vom 10. Juni 1834 (!) und die Staatsministerial-Instruktion vom 31. Dezember 1839 (!) auf, die Leiter dieser Jugend-Abteilungen zu veranlassen, die Erteilung des Erlaubnisbescheines bei gleichzeitiger Nachweise ihrer Befähigung binnen acht Tagen bei uns nachzusuchen.

(gez.) L. V.: Trentin.

Dieses Schreiben ist an den Kreisvertreter der „Freien Turnerschaft“, Herrn Alfred Schramm, hier, adressiert. Nun mag es ja sehr schmeichelhaft für die „Freie Turnerschaft“ sein, wenn man annimmt, daß sie so umfangreich geworden sei, um Kreise und Kreisvertreter sich leisten zu können. So weit hat es die „Freie Turnerschaft“ noch nicht zu bringen vermocht. Wichtig ist nur, daß Schramm Kreisvertreter des 14. Kreises des Arbeiterturnerbundes ist. In diesem Kreise gehören aber noch einige andere Vereine als die in Breslau bestehende und in dem magistratischen Schreiben wohl gemeinte „Freie Turnerschaft Breslau“. — Diese hat zur Zeit drei (nicht zwei) Männerabteilungen und eine Damenabteilung. Jugendabteilungen bestehen bei derselben nicht. Es gibt daher auch keine „Leiter“ solcher, und selbst der Hinweis auf die gewiß sehr wertvollen und staatsweisen Ordres und Instruktionen von 1834 (!) und 1839 (!) kann niemand veranlassen, die Erteilung des Erlaubnisbescheines nachzusuchen.

Außerdem können sich diese Reliquien vormärzlicher Zeit unmöglich auf den Turnunterricht und dessen Leiter beziehen. Zu dem Zeitpunkt, als längst schon zu ihren Vätern versammelte Geheimnisse den Text dieser Verordnungen verfaßten, war das Turnen als staatsfeindlich unterfagt. Nicht einmal das Wort „Turnen“ durfte gebraucht werden. Jeder, der die Geschichte der Turnerei kennt, weiß, daß von 1819 bis 1842, das heißt also auch 1834 und 1839, das staatsgefährliche Turnen verboten war. Erst am 6. Juli 1842 erging der Erlaß Friedrich Wilhelms IV., nach welchem das Turnen

einen Streik ab, so lange irgendwie die Möglichkeit besteht, Abhilfe ihrer Beschwerden zu erlangen. Deshalb trage ich, Jahrgang, Jahren diese Beschwerden hier vor: wirklich nicht zu meinem Vergnügen; es wäre mir viel lieber, wenn der Staatssekretär für Abheilung der Beschwerden sorgen wollte. Die Beschwerden der Arbeiter betreffen namentlich zwei große Fragen: Einmal wenden sie sich gegen die Art und Weise, wie der Arbeitslohn festgesetzt wird. Es mag sein, daß im Durchschnitt die Löhne der Verarbeiteten ansteigen. Das bedeutet aber noch keineswegs, daß die Lage der Verarbeiteten eine gute ist. Die Krankheitsziffer beläuft sich weit oberhalb des Reichsdurchschnittes. Wenn sie in Wilhelmshafen und Danzig etwas gefallen ist, so ist sie dafür in Kiel geradezu erschreckend gestiegen, wobei die schlechten Ernährungsverhältnisse daselbst eine Rolle spielen. Zu den allgemeinen Beschwerden treten noch die besonderen Beschwerden einzelner Arbeiterkategorien. — Wenn der Staatssekretär sich die Mühe nehmen wollte, an der Hand des stenographischen Berichts meine Beschwerden von Fall zu Fall nachzuprüfen, so würde er ihre Berechtigung anerkennen müssen. So lange die Arbeiter in den Reichswerken schlechter gestellt sind, als ihre Kollegen in den Privatbetrieben, werden ihre Klagen nicht verstummen, und ich werde diese Klagen vorbringen, so lange ich hier an diesem Platze stehe. Ich will einmal sehen, wer es länger aushält, der Staatssekretär oder ich. (Gesetzlicher Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) bleibt auf der Tribüne unerschüttert. Man räumt an, daß er zum Marineetat spricht und will bisweilen das Wort „Verarbeiteter“ gehört haben.

Abg. Severing (Sozialdemokrat):

Die Verarbeiteten haben im Arbeiterausschuß keine wirksame Vertretung, und deshalb müssen wir ihre Klagen hier vorbringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wie wenig die Marineverwaltung den Arbeitern entgegenkommt, zeigt die große Zahl der noch unbeschäftigten Verarbeiteten aus dem vorigen Jahre. — Herr Spahn irr, wenn er meint, daß bei den Affordbühnen und Preisverhandlungen ein Fortschritt eingetreten sei. Es muß unbedingt gefordert werden, daß die Löhne so hoch sind, daß die Arbeiter nicht auf die Arbeit der Familienmitglieder angewiesen sind. (Zustimmung b. d. Soz.) Auch über Schätzungen ihrer Gesundheit haben die Arbeiter auf den Werken viel zu klagen, die Krankenziffer ist bezeichnend höher als in den sonstigen industriellen Betrieben Deutschlands. Arbeiter, die sich beim Inbetrieb nicht erkrankt haben, kommen erst nach 15, 20, 40 Jahren in die erste Lohnklasse, während nach der Dienstordnung dies nach zwölfjähriger Beschäftigung der Fall sein müßte. Die sozialdemokratischen Betriebe, von denen Hungerlöhne die bürgerliche Presse so oft schreibt, sollten sie sich zum Mäher nehmen. (Sehr laut! b. d. Soz.) Man verweist immer auf die sogenannten Wohlfahrtsanstalten, die Arbeiter haben dafür nur ein Dackel, denn sie wissen, daß diese Wohlfahrtsanstalten nur den Zweck haben, sie unfrei zu machen. In der Arbeitsordnung ist den Arbeitern verboten, für die Sozialdemokratie zu wirken, aber von einem Verbot der Agitation für den Arbeiterverein ist nicht die Rede. (Gelächter b. d. Soz.) Was heißt aber sozialdemokratische Agitation? Schon eine Unterhaltung mit einem Klassenossen auf dem Heimwege über den Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation würde als sozialdemokratische Agitation angesehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ueber Arbeiter, die im Verhakt der Sozialdemokratie standen, hat man selbst bei den Eltern polizeiliche Ermittlungen einbezogen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man sieht, wie der preussische Polizeistat hier auch in die Reichsverwaltung einbezogen ist. Wir verlangen weniger Bureaucratismus und Militarismus und etwas mehr sozialpolitische Freiheiten. (Gesetzlicher Beifall bei den Soz.)

Geb. Admiralitätsrat Harms (auf der Tribüne unverständlich) verläßt die von Severing erhobenen Beschwerden als unrichtig nachzuweisen.

Abg. Legien (Soz.) weist die Behauptungen des Geb. Admiralitätsrats Harms zurück, es komme bei den Affordbühnen nicht darauf an, daß welcher Lohnklasse sie festgesetzt werden, sondern darauf, daß unter dem Schein der Affordbühne willkürlich Stundenlöhne gezahlt werden.

Abg. Ledebour (Soz.) bittet um nochmalige Untersuchung einer von ihm bereits in der Budgetkommission vorgebrachten Beschwerde über mangelhafte Maßregeln auf einem Dampfer.

Abg. Graf Oriola (natl.): Die Budgetkommission hat die Reklamation der Beamten zurückgestellt, bis das neue Beamtengesetz vorliegt. Wir halten es für gut, daß das Plein in diesem Beispiel folgt. Die Grundfrage, in welcher die Regierung die Grundzüge für die Befestigung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen, aufgestellt hat, beantragen wir, der Budgetkommission zu überweisen. Damit schließt die Debatte.

Der Antrag des Grafen Oriola wurde einstimmig angenommen.

Der Titel Ministerbehold wird bewilligt.

Beim Titel „Schiffsverwaltungen“ beantragt

Abg. Dr. Bahlem (Zentrum) die Verwendung billiger, aber auch schlechter, französischer Rotweine seitens der Marineverwaltung. Die Herren von der Marineverwaltung sollten nach dem Rhein kommen und sich von der Güte unserer deutschen Weine überzeugen. (Hört, hört.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Wir kaufen den Wein in Deutschland, am liebsten am schärfsten Rhein. Daß die Rheinweine gut sind, weiß ich. Ich will aber gern der Einladung folgen und mich noch einmal davon überzeugen. (Hört, hört.)

Der Titel wird angenommen.

Darauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 1. Febr.

Außerdem Justizetat und Etat des Reichseisenbahnamts. Schluß 6 1/2 Uhr.

Sehr. Ein ähnliches Schreiben war an Herrn Thyssen in Düsseldorf an Rhein gerichtet.

Der unästhetische Festschmelzer. Ueber den jüngsten Sieg des schamlosen Schamgottes in New York schreibt eine New Yorker Zeitung: Früher ließen sich die jungen Damen auf den Staaten Island-Fährbooten ohne weitere Vorkehrungsmaßregeln ihre Schuhe von den „Schnee-Juwelen“ in den Kajüten putzen; es kam ihnen nicht in den Sinn, ihre Füße zu waschen und hier und da lagte unter dem weichen Teppichboden des Unterdecks auch eine geruchlos reformierte Rede hervor. Und erwidert schänten die jungen Herren, schamlos die alten. Jetzt ist es anders anders geworden. Jemand hat sich beschwert, jemand, dem nicht alles rein ist, und jetzt müssen die Fährbooter große Plannetze bei sich haben, mit denen sie den Red der betrieblernen jungen Dame fest an das Bein fesseln, dadurch jede Schamlosigkeit den Augen des Publikums verbergend. Die Moral ist gerettet.

Alte Chronik. Zum Drama am Müggelsee wird jetzt gearbeitet, das unter dem Vorhange der Segnung der Kirche und Aufricht des erkrankten Königs, ein 19 Jahre alter, fährer Fortwärtung, Ernst Reichth, festgenommen und vom Kriminalbeamten gefesselt und verhaftet auf das Polizeigebäude gebracht worden ist. — Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich Donnerstag früh in der Kaiser-Friedrich-Strasse zu Hildesheim ereignet. Dort lag die Frau des Gutsbesizers Herr über die Klettertreppe entfallen. Als sie im Wasser entfiel, hatte, ein argliche Hilfe herbeizuholen, was die Frau wohl die neben dem Bett liegende Petroleumlampe durch eine unvorsichtige Handbewegung umgeworfen haben. Das Fett fing Feuer und die Unglückliche, welche hilflos darlag, — An der Seite Schmelzer und Hofmeisterstraße in Hildesheim 5 und ein Geruch, wobei mehrere Arbeiter verunfallt sind. Die Feuerwehr, die sofort requiriert wurde, holte zwei Arbeiter, die sich unter den Trümmern beugten, hervor. Sie haben schwere Verletzungen davongetragen. Ein dritter Arbeiter liegt noch unter den Trümmern.

als notwendiger und unentbehrlicher Bestandteil der männlichen Erziehung in den Kreis der Volkserziehungsmittel aufgenommen wurde. Aus diesem Grunde also darf man annehmen, daß in jenen Verordnungen, abgesehen davon, daß die Verfügungen des absoluten Königs und seiner verschiedenen Minister nicht mehr zu Recht bestehen, alles andere, nur nicht das Turnen gemeint sein kann und auf diesen Nachweis es ankommen zu lassen, werden alle Versuche gut tun, die mit gleich- oder ähnlichen lautenden Schriftstücken beehrt werden, wie das vorstehend wiedergegebene Schreiben, das in Bezug auf Adressat und Inhalt seinen Zweck verfehlt hat.

Arbeitswillige als Zeugen vor Gericht.

Die Zimmerleute Friedrich Wende und Max Lannigel spielten gestern vor dem Breslauer Schöffengericht wieder einmal eine ihrer Rollen. Wende ist der Arbeitswillige, der seinerzeit den Genossen Schwob mit der Beschuldigung, er habe ihn mit einem Hammer auf den Kopf geschlagen ins Gefängnis zu bringen suchte, und der dann später einem Zimmermeister, der nachwies, daß Wende mit jedem Worte die Unwahrheit gesagt hatte, den Staatsanwalt mit einem Meinungsverschieden auf den Hals schickte. Das Meinungsverschieden mußte eingestellt werden und gegen Wende wurde eine fiktive falsche Anschuldigung erhoben. Die falsche Anschuldigung wurde erwiesen. Wende kam aber um das Gefängnis glücklich herum, weil das Gericht annahm, daß er sich selbst etwas falsches eingebildet habe. Derselbe Wende hat inzwischen bereits wieder eine ganze Anzahl von ehrlichen Arbeitern wegen Verleumdung, Bedrohung, Körperverletzung und Vergehens wider § 153 der Gewerbeordnung dem Staatsanwalt denunziert und durch seinen Eid deren Verurteilung erreicht, obwohl er vorstehend geschil- dert — gerichtsamtlich ist, daß er in zwei Fällen falsche Anschuldigungen erhoben und in einem Falle eine objektive falsche Aussage vor Gericht gemacht hat.

Jetzt hatte sich der Gauleiter des Zimmererverbandes, Genosse Hermann Schmidt vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil er den Wende und dessen Freund Lannigel vor drei Jahren oder auch vor fünf Jahren genau ließ sich nicht mehr feststellen, wann es gewesen war — und ferner im vorigen Jahre beschimpft und bedroht haben sollte. Der erste Fall, dessen Datum sich nicht mehr feststellen ließ, soll sich im „Gewerkschaftshaus“ abgepielt haben, der zweite Fall dagegen auf der Taschenstraße, oder auf der Lauenburgerstraße oder auf der Klosterstraße.

Bezüglich des Vorfalls auf der Straße gab Wende als Zeuge an, Schmidt sei mit seinem Kabe an ihnen vorbeigefahren und habe dabei zu ihm und Lannigel gesagt: „Ihr Lumpen, Ihr Vagabonden, kommt nur aus der Stadt hinaus, da werde ich Euch schon den Garaus machen. Lannigel dagegen sagte aus, Schmidt sei auf der Straßenbahn oder mit dem Kabe gefahren gekommen und habe gesagt: „Ihr Lumpen, Ihr Vagabonden, Ihr Streichhölzer, geschlagen müßt Ihr werden, daß Ihr liegen bleibt.“

In Bezug auf den Fall im Gewerkschaftshaus will Lannigel von Schmidt veranlaßt worden sein, an einer Arbeitseinstellung teilzunehmen. Er sei dann am Sonnabend nach dem „Gewerkschaftshaus“ gekommen um seine Unterfertigung abzugeben. Bei der Gelegenheit habe er von jemandem plötzlich drei Schläge auf den Kopf bekommen und gleichzeitig sei er beschimpft worden. Schmidt habe das nicht getan, aber er sei an allem schuld. Dieser pflege sonst „mit allen Sachen, die in der Welt garnicht mehr existieren“, die Arbeitswilligen zu bedrohen. Er, Lannigel, habe sechs Kinder, die hungern müßten wegen der Verbands- sache und um die sich der Magistrat kümmern müsse. Er könne nirgends mehr arbeiten, denn „man würde ihn ganz sicher mit Ziegelstücken schmeißen, das Werkzeug zerhacken“ usw.

Der Staatsanwalt glaubte aus dem ganzen Wust von ge- häßigen Redensarten, die die Zeugen vorgebracht hatten, ent- nehmen zu können, daß Schmidt die beiden im vorigen Jahre auf irgend einer Straße bedroht habe. In Anbetracht, daß die Wende und Lannigel offenbar, weil sie dem Verbands nicht an- gehörten, verfolgt würden, sei eine Gefängnisstrafe von einer Woche angebracht.

Justizrat Stein plüdierte für Freisprechung, indem er dar- auf hinwies, wie unbestimmt und sich widersprechend die Aus- sagen der beiden Zeugen lauteten, die beide in dem Wahne se- ben, von Schmidt verfolgt zu sein. Ferner wies er auch auf die Rollen hin, die Wende vor Gericht bereits gespielt hat.

Das Gericht vermochte nicht zu der Ueberzeugung zu kommen, daß der Angeklagte sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe und erkannte auf Freisprechung.

Während der Plädoyer von Staatsanwalt und Verteidiger sowie während der Urteilsbegründung sprangen Lannigel und Wende wiederholt ertagt von ihren Plätzen auf, weil sie nach ihrer Meinung von keiner Seite ernst genug genommen wurden. Der Vorsitzende mußte sie wiederholt energisch auf ihre Plätze weisen.

Wegen angeblicher Verleumdung des Wende hat sich demnach auch unser verantwortlicher Redakteur, Genoss. Wolff, vor der Strafkammer zu verantworten. Der Staatsanwalt hat im öffentlichen Interesse Anklage erhoben, weil, ebenfalls in einem Prozeßbericht, gesagt worden war, Wende sei dem Trunke ergeben. Wir hielten es deshalb für nötig einmal festzustellen, was er nach dieser Verhandlung beginnen werde. Nachdem beide, Wende und Lannigel, sich um Zeugengebühren bemüht hatten, nahmen sie ihren Nachhauseweg durch folgende Gastwirtschaften: 1. Cafe Bild dich, Salvator- platz, 2. Secher, Vorwerkstraße, 3. Restauration vorm. Sellner, Ecke Palmstraße und Bahnhofstraße, 4. Epstein, Graupenstraße, Ecke Wallstraße. Lannigel ging dann allein noch weiter zu 5. Weidner, Sadowstraße und 6. Weibe, Sebanstraße. Im letzten Lokale wurden ihm weitere Getränke verweigert, weil er wie der Wirt sagte, schon genug habe.

Können die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine neutral sein?

Der Zentralrat der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine hat in Gemeinschaft mit den Generalräten am letzten Sonnabend neue Leitsätze ausgearbeitet. Diese Leitsätze betonen die politische Neutralität der Gewerkvereine mit folgenden Worten:

„Wir scheiden uns von den christlichen Gewerkschaften durch den Grundsatz der religiösen Neutralität, den wir unerschütterlich hochhalten. Wir scheiden uns von ihnen, indem wir glauben, daß nur auf dem Boden politischer und gewaltloser Freiheit der Kampf der Arbeiter für Selbstständigkeit und Gleichberechtigung zum Erfolge führen kann.“

Wir scheiden uns von allen Organisationen gelben Charakters durch die Erkenntnis, daß beide Produktions- faktoren sich getrennt und in voller Unabhängigkeit organisieren müssen.

Gleich darauf stellen sie aber an den Staat folgende Forderungen:

„Volle gleichberechtigte Selbstverwaltung aller Versicherungsanstalten durch Unternehmer und Arbeiter, freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Arbeitsläm- mern und Reichsarbeitsamt, Reichsbehörde der Berufsvereine, Verbesserung der Volksschule, Erleichterung des Be- suchs höherer Schulen für Unbemittelte.“

Politische Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde.

Beseitigung aller indirekten Steuern auf notwendige Lebensmittel und Ver- brauchsgegenstände.

Wenn die Gewerkvereine wirklich ernsthaft für die hier aufgestellten sozialen und politischen Forderungen eintreten wollen, können sie gar keine politische Neutralität üben! Sie müssen dann diejenige Partei unterstützen, die für ihre Forde- rungen eintritt, und alle Parteien bekämpfen, die ihre Forde- rungen ablehnen oder auch nur durch ihre Taktik der Er- füllung dieser Forderungen entgegenarbeiten! Oder aber es geht den Hirsch-Dunderschen wie dem Freikinn, der Prinzipien nur auf dem Papier besitzt und sie in der Praxis regelmäßig verleugnet!

Die Gewerkvereine fordern zum Beispiel „Politische Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde“. Der Freikinn aber lehnt die Gleichberechtigung in den Gemein- den offen ab! Er kämpft nicht einmal energisch für die Gleichberechtigung im preussischen Staat, sondern treibt Schacherpolitik mit der Reaktion. Er hat seinen Frieden geschlossen mit den Agrariern und agrarische Häuptlinge in den Reichstag gewählt.

Wie können da Hirsch-Dundersche Arbeiter für den Freikinn eintreten? Oder können sie das Zentrum, National- liberale, Konservativte oder Antisemiten unterstützen? Es bleibt also nur eine Partei übrig, von der sie ein energis- ches Eintreten für ihre politischen Forderungen erwarten können: die Sozialdemokratie. Von ihr aber will das Programm nichts wissen, weil die Gewerkvereine sich auf „den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung“ stellen wollen.

Das neue Programm ist also so unmöglich, wie all die alten, unter denen es die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht vorwärts brachten und wir werden abwarten müssen, bis die soziale und politische Praxis den letzten der Gewerkvereiner endlich zur Erkenntnis der Notwendig- keit proletarischer Klassenpolitik führt. Wenn sie es mit ihren Forderungen ernst meinen, ist uns darum nicht bange.

Wie das österreichische Konsulat Arbeiter behandelt. Dieser Tage sind von der Steingutfabrik Paul Giesel, Matthias- straße, wieder einmal eine große Anzahl von Arbeitern ent- lassen worden, angeblich wegen Arbeitsmangel. Darunter be- fanden sich auch zwei verheiratete österreichische Arbeiter, die nun auf unsere Redaktion kamen und uns ihr Geschick klagten. Zu- nächst meinten sie, sie seien entlassen worden, weil der Unternehmer sich um die Erfüllung des mit ihnen abgeschlossenen Tarifvertrages herumdrücken will, der erst in nächster Zeit abläuft. Beide versichern, daß der Fabrikant in Wätkern andere und zwar ausländische Arbeiter suche, sicher zu billigeren Löhnen, als sie erhielten. Als sie sich nun auf die Straße gesetzt haben, wandten sich die beiden Arbeiter an das österreichische Konsulat, Söh- nersstraße, um Hilfe. Der anwesende Beamte schenkte sich aber um das Los der Arbeiter wenig Sorge zu machen. Er er- klärte, er habe keine Zeit, sich mit ihrer Sache zu befassen. Auf die Frage: „Wozu denn das österreichische Konsulat da sei?“, gab er wieder eine abweisende Antwort, gähndete sich eine Zigarre an und las den General-An- zeiger. Die beiden Arbeiter verließen darauf das Konsulat in dem Bewußtsein, bei ihrer Heimatbehörde keine Unterstützung zu finden. Wenn der Beamte uns doch wenigstens eine höfliche Antwort gegeben hätte wie es einem Landmann zuzukommt, meinten die Enttäuschten. Rat- und mittellos stehen sie jetzt da und wissen nicht, was sie mit ihrer Familie anfangen sollen.

Es ist allen ausländischen Arbeitern — wie Figura zeigt — nur dringend zu empfehlen, nicht auf ihr heimatisches Kon- sulat zu vertrauen, sondern nur ihrer Organisation. Ob der Konsul mit dem Verhalten seiner Unterge- benen einverstanden ist?

Bei der geplanten Verhinderung der deutschnatio- nalen und Leipziger Handlungsgesellschaften werden die Leipziger „Morgenzeitung“, mit der immer ein paar deutsch- nationale Handlungsgesellschaften in Verbindung stehen, weiß über die Verhinderungsverhandlungen folgendes zu berichten: „Es ist begreiflich, daß die Nachricht von der beabsichtigten Ver- hinderung in der deutschen Handlungsgesellschaft und darüber hinaus das größte Aufsehen erregt hat und namentlich in den gegnerischen Verbänden wie eine Bombe eingeschlagen haben muß. Soweit uns bekannt, waren die in Berlin geführten Ver- handlungen und Debatten ziemlich bewegt. Es ist des- halb im Interesse der Handlungsgesellschaften zu begrüßen, daß die Verhandlungen doch zu diesem Resultat geführt haben. Daß der deutschnationale Handlungsgesellschaften-Verband seine Grund- sätze die sich die ganzen Jahre hindurch beharrlich und den Verband zu seiner jetzigen Höhe und ansehnlichen Mitgliederzahl von 110,000 geführt haben, nicht aufgeben wird, daß er nament- lich die Aufnahme von jüdischen Handlungsgesellschaften auch in späterer Zukunft verweigern wird, steht außer allem Zweifel. Dar- auf soll überhaupt nur der Kampf der beiden Verbände, von dem die gegnerischen Verbände nur profitieren, aufhören und man will getrennt unter bisheriger Flagge marchieren, aber ge- meinsam schlagen, gemeinsam in der Öffentlichkeit zum Besten des Handlungsgesellschaftenstandes vorgehen und es darf wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß das Ergebnis eines völligen Zusammenstoßes erreicht wird, natürlich nicht heute oder mor- gen, aber wohl im Laufe der nächsten Jahre.“ Das wäre ja ganz nichtig, inwieweit können sich die Leipziger überlegen, was sie mit ihren zahlreichen jüdischen Mitgliedern machen wol- len, die dann doch vor die Tür treten müssen.

Ueberfüllte Krankenhäuser. Die Breslauer Krankenanstalten sind überfüllt. Das Allerheiligen-Hospital ist bereits zu dem Mittel geschritten, die Armenärzte anzu- weisen, nur in den allerdringendsten Fällen einen Kranken- schein auszustellen, weil zu beschränkt sei, daß bei der Prüfung der Kranken eine Abweilung der Kranken erfolgen müßte. — Die Hospitalverwaltung hat auch an die Vor- stände der Krankenkassen das Ersuchen gerichtet, die Kranken- ärzte anzuweisen, nur in den notwendigen Fällen Kranken- hausbehandlung zu verschreiben. Was gebeknt die Stadt zu tun, um der nun schon chronischen Krankenhäusernot ab- zuhelfen?

Achtung, Tapezierer! Bei der hiesigen Firma Gnillischka, Ursulinerstraße, legten wegen der niedrigen Kleberpreise sämtliche dort beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder. Die Verhandlungen der Tarifkommission sind gescheitert. Näheres im Nach- weislokal. Die Ortsverwaltung.

Breslauer Konsumverein. Heute Freitag ist der letzte Tag, an welchem Gegenwärtigen aus 1907 in den Verkaufsstellen abgeliefert werden müssen. Später eingereichte Marken finden in keinem Falle Berücksichtigung.

Der Eisgang auf der Ober beging! Donnerstag Vormittag 10 Uhr ist bei Ratibor das Eis der Ober in Perwa- gung gekommen. Bis zur Wändung der Weise in die Oder ist der Strom schon eisfrei. In Dblau begann der Eisgang früh 6 Uhr, während sich das Eis in Tschirne im Laufe des Vor- mittags in Bewegung setzte. In Breslau sind die Vorbereitungen für den zu erwartenden Eisgang schon getroffen. An vielen Stellen, namentlich an den Brücken, hat man schon vor einigen Tagen mit dem Bekümmern der Eisfläche begonnen, um eine Stauung zu ver- hindern. Unterhalb der Stadt ist der Strom auf einer Länge von 13 Kilometern schon eisfrei.

Unfall. Donnerstag Nachm. zwischen 5—3 Uhr ereignete sich auf der Dorfstraße in Grabischen ein Unglück- fall mit tödlichem Ausgange. Der Bauwerksbesitzer August Hellmann aus Grabischen, der mit seinem Wagen die Straße entlang fuhr und das Gefährt von der Reife des Wagens aus lenkte, wurde von einem der Pferde heftig geschlagen, daß er von der Reife herabfiel und überfahren wurde. Er erlitt hierbei schwere Verletzungen. Der Verunglückte wurde nach der Halle des Fried- hofes geschafft, doch trat der Tod nach wenigen Minuten ein. Hell- mann war verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Zu der Bluttat auf der Subenstraße teilt der Polizei- berichtler mit, daß der Arbeiter von dem Schutzwache ange- halten wurde, die Verletzungen aber nicht lebensgefährlich sind und daß der Täter verhaftet ist.

Ein Zusammenstoß fand am 25. d. M., Nachmittags, auf der Kaiser Wilhelmstraße, Ecke Viktorstraße, zwischen einem Motorwagen der Breslauer Straßenbahn und einem Motor- wagen der sächsischen Straßenbahn statt. Der entlaufene Material- schaden ist nur unbedeutend.

Lebensmüde. Ein 33 Jahre altes Mädchen verfuhr am 29. d. M. in einer Wohnung am Ohlawer Stadigarten sich dadurch tödlich zu verletzen, daß sie sich mit einer kleinen Schere die Haut des linken Handgelenks aufschnitt, um die Pulsader zu treffen. Durch energisches Eingreifen der Quartiergebirde wurde Unheil verhütet. Die leichte Wunde wurde durch einen Dressel verbunden.

Kurzschluss. Am 29. d. Mts., Nachmittags, waren zwei Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke in dem Hause Junterstraße Nr. 23 mit Anschlussarbeiten beschäftigt. Es erfolgte ein Kurzschluss, wobei die Flammen hell aufloderten und die Feuerwehre gerufen werden mußte. Die beiden Arbeiter hatten sich sofort entfernt.

Diebstähle. Einem Dienstmädchen von der Gartenstraße wurde in einem Vergnügungstablissement die Handtasche mit der Garderobemarke gestohlen. Die Diebin begab sich sofort in den Gardeeroberraum und ließ sich einen langen grauen Mantel mit Doppel- tragen und einen hellblauen Schalier verabsorgen. — Aus einem Neubau auf der Steinstraße wurden 75 Verschlußschlüssel zu den Ver- leihungsanstalten im Werte von 44 Mark gestohlen. — Einem Schlosser von der Kupferschmiedebrücke wurde ein Fahrrad gestohlen. — Aus dem Schulhaus auf der Hoerstraße wurde ein blaues Mädchenträger mit roter Kappe gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Der Fiskus als Arbeitgeber.

Den dem Abgeordnetenhaus kürzlich zugegangenen Nachrichten von dem Betriebe der unter der preussischen Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1906, entnehmen wir diejenigen Angaben, die sich auf Obereschleien speziell beziehen.

Die obereschleischen Steinlohlenbergwerke konnten ihre För- derung gegenüber dem Vorjahre um 5,3 Prozent vermehren. Die gute Marktlage übte auch auf die staatlichen Erzküsten ihren fördernden Einfluß aus. Die beiden obereschleischen Hütten- werke waren mit Aufträgen reichlich versehen und die von ihnen erzielten Kaufpreise übertrafen diejenigen des Vorjahres. Der Ueberschuß der Friedrichshütte betrug 3,992,389 Mark. Dieses überaus günstige Ergebnis findet zum Teil in den hohen Preis- und Silberpreisen, zum Teil in der Verarbeitung von Mittel- produkten aus dem Vorjahre seine Begründung.

Was die besonderen Verhältnisse der einzelnen Staatswerke betrifft, so betrug die Förderung der königlichen Bergwerke Ditteltin in 3 Jahre unterstellten Steinlohlenbergwerke 5,834,026 Tonnen gegenüber 5,541,094 Tonnen im Jahre 1905, bei einem Werte von 48,971,562 Mark gegenüber 43,473,431 Mark im Jahre 1905 und einer Belegschaft von 18,086 Mann gegenüber 17,368 im 1905. Die Förderung stieg demnach um 5,29 Prozent, der Wert derselben um 12,65 Prozent, die Be- legschäft dagegen nur um 4,13 Prozent.

Das Steinlohlenbergwerk bei Knurów hat sich im Jahre 1906 zum ersten Male an der Förderung beteiligt, und zwar mit 9721 Tonnen im Werte von 70,391 Mark.

Der durchschnittliche Erds für eine Tonne Kohle betrug im Jahre 1906: 8,396 Mark, im Jahre 1905: 7,846 Mark. Die durchschnittlichen Selbstkosten — berechnet nach den Barausgaben — beliefen sich auf 6,670 (gegen 6,243 im Jahre 1905) Mark für die Tonne.

Der reine Lohn nach Abzug aller Nebenkosten betrug bei den unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeitern auf eine Schicht 3,69 (3,50) M., Jahresarbeitsverdienst 1097 (970) M., bei den sonstigen unterirdisch beschäftigten Arbeitern auf eine Schicht 3,43 (3,22) M., Jahresarbeitsverdienst 1007 (927) M., bei den über Tage beschäftigten Arbeitern auf eine Schicht 2,81 (2,70) M., Jahresarbeitsverdienst 828 (787) M., bei den in- geschichteten Arbeitern auf eine Schicht 1,06 (1,01) M., Jahres- arbeitsverdienst 300 (280) M., für weibliche Arbeiter auf eine Schicht 1,17 (1,13) M., Jahresarbeitsverdienst 339 (315) M., im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft auf eine Schicht 3,23 (3,08) Mark, Jahresarbeitsverdienst 924 (867) M. Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf das Jahr 1905. Wie schon also, daß der Jahresarbeitsverdienst kaum um 57 M. oder 6,17 Prozent des Vorjahr gestiegen. Bei den geschichteten Berg- arbeiter aller Lebensbedürfnisse war das eine ganz minimale Lohnauf- besserung. Dem steht aber gegenüber eine Verschlechterung der Erzeugnisse um 12,65 Prozent. Von 100 M. Produktionswert wurde an Lohn bezahlt im Jahre 1905 34,77 M., im Jahre 1906 dagegen 32,12 M.

